

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2022 01

DEMOKRATISCHER WANDEL

Im Sudan bleibt die Lage nach dem Putschversuch weiter angespannt

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Orthodoxe Lehre über Marktpreise erschwert Armutsbekämpfung

SOZIALE MEDIEN

Wie Internet-Trolle der philippinischen Demokratie schaden



Frauen fördern

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Geschlechtergleichstellung ist für Gemeinwohl unverzichtbar

Magazin

- 4 **ROLI MAHAJAN**
Sudans ungewisse Reise in Richtung Demokratie
- 5 **JÖRG DÖBEREINER**
Internationales Rotes Kreuz berichtet über Klimaflucht
- 7 **HANS DEMBOWSKI**
Entwicklungsforscherinnen bewerten Koalitionsvertrag
- 8 **RUUD BRONKHORST**
Faire Preise würden Armut verringern
- 10 **RABSON KONDOWE**
In Malawi existiert keine echte Mittelschicht
- 12 **IMPRESSUM / JEFFREY MOYO**
Heutzutage: Covid fördert Handel mit Schwarzgebranntem

Debatte

- 13 **ALPHONCE SHIUNDU**
Nur Äthiopier können Äthiopiens Probleme lösen
- 14 **GESINE AMES**
DR Kongo droht vor Präsidentschaftswahl erneutes Chaos
- 15 **ALAN ROBLES**
Auf den Philippinen untergräbt Facebook die Demokratie

Schwerpunkt: Frauen fördern

- 18 **SALEEMI SUNDUS**
Bildung und Erwerbsarbeit stärken das Selbstbewusstsein
- 20 **MAHWISH GUL**
Menstruation darf nicht tabu bleiben
- 22 **MONA NAGGAR**
Patriarchale Familientraditionen in arabischen Ländern sind wandelbar, wie immer mehr Frauen beweisen
- 24 **MABINGUÉ NGOM**
Um die mehrdimensionale Krise zu überwinden, muss die Sahelzone Bevölkerungswachstum in den Griff bekommen
- 25 **MIREILLE KANYANGE**
In Burundi arbeiten Frauen und Männer entscheiden
- 27 **ALPHONCE SHIUNDU**
Afrika braucht mehr Frauen in Führungspositionen und soziokulturelle Veränderungen
- 29 **MARJORIE PONS PIÑEYRO**
Dominikanische Frauen wollen Schutz durch Gesetze
- 30 **VIRGINIA CABALLERO UND MARÍA LÍA GHEZZI**
Argentinien legalisiert Abtreibung
- 32 **SABINE BALK**
Behinderte Frauen sind häufiger Gewaltopfer als andere
- 33 **SABINE BALK**
Fachliteratur: UNICEF bewertet Corona-Auswirkungen auf Geschlechtergleichstellung

SCHWERPUNKT


Frauen fördern

In vielen Ländern werden Frauen marginalisiert. Das widerspricht dem Recht auf Gleichstellung und ist negativ für die gesamte Gesellschaft. Wenn Frauen nicht oder nur in geringem Maße am Wirtschaftsleben teilhaben, ist die Produktivität gering. Entwicklungsmöglichkeiten sind eingeschränkt. Für Frauenförderung sind Traditionen unerlässlich. Dort, wo dies umgesetzt wird, ist die Gleichstellung schon gut vorangeschritten.

Titelseite: Demonstrantin in Perus Hauptstadt Lima.
Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Carlos Garcia





 **Unser Schwerpunkt zum Thema Frauen fördern beginnt auf Seite 17. Er hat direkten Bezug zum fünften UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Geschlechtergleichheit.**

Gemeinwohl braucht Geschlechtergleichstellung

Geschlechtergerechtigkeit betrifft alle, nicht nur Frauen. Wo Frauen in der Politik benachteiligt oder gar ausgegrenzt werden, werden wichtige Sichtweisen nicht artikuliert, und der Kreis, aus dem Führungspersonal rekrutiert wird, bleibt unnötig klein. Wo Frauen im Wirtschaftsleben nur untergeordnete Rollen spielen oder gar nicht mitmachen dürfen, ist die Produktivität gering und die Zahl der geldverdienenden Erwerbstätigen zu klein.

Wo Mädchen dagegen in Schulen die gleichen Chancen wie Jungen haben, leisten sie in der Regel ebenso viel – und oft mehr. Allen Menschen steht das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung zu.

Frauen werden weltweit benachteiligt, aber Fortschritte sind klar erkennbar. An der Spitze von Welthandelsorganisation und Internationalem Währungsfonds stehen heute Frauen. Bangladesch hat eine Premierministerin und Tansania eine Präsidentin. Honduras hat kürzlich eine Frau zum Staatsoberhaupt gewählt. Im neuen Bundeskabinett besetzen Frauen acht von 17 Posten, und das vorherige leitete eine Frau.

Traditionell ist die weibliche Rolle oft nur auf Familie und Haushalt beschränkt, was mit dem biologischen Unterschied zwi-

schen Frauen und Männern zu tun haben mag. Männer bekommen keine Kinder und können nicht stillen. Während Schwangerschaften sind Frauen besonderen Risiken ausgesetzt. Vorstellungen von männlicher Dominanz gehen vermutlich darauf zurück, dass Männer im Schnitt stärker sind und Mütter kleiner Kinder besonderen Schutz brauchen. Religionen wie Christentum, Islam und Hinduismus haben solche Vorstellungen verfestigt. Schutzbedürfnisse berechnen jedoch nicht zu Unterdrückung.

Normen wandeln sich im Lauf der Zeit. Hohe Kinderzahlen sind wichtig, wo die Kindersterblichkeit hoch ist. Wo dagegen die Lebenserwartung hoch ist, wächst voraussichtlich jedes Baby zum Erwachsenen heran – und dann lohnt es sich für Eltern, großen emotionalen und finanziellen Aufwand für sie zu betreiben.

International geht steigende Lebenserwartung mit sinkenden Geburtenraten einher. Das ist für die globale Gemeinschaft auch sehr wichtig. Voraussichtlich wird die Weltbevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts auf 11 Milliarden Menschen ansteigen. Weniger wären ökologisch gesehen besser – und mehr katastrophal. Es ist durchaus möglich, dass es weniger sein werden. Indische Frauen bekommen laut ak-

tuellen Regierungsangaben im Schnitt nur noch zwei Kinder, was knapp unter der Reproduktionsrate liegt. Folglich dürfte die indische Bevölkerung nun schon mit 1,6 Milliarden in drei Jahrzehnten ihren Spitzenwert erreichen, anstatt mit 1,7 Milliarden in vier Jahrzehnten.

Sinkende Geburtenraten korrelieren zudem mit besserer Gesundheitsversorgung, besserer Bildung und besserem Zugang zu Verhütungsmitteln. Frauen müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können, und dazu gehören auch legale Abtreibungsmöglichkeiten.

Seit dem frühen 20. Jahrhundert haben erfolgreiche Pionierinnen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen Sphären gezeigt, dass Frauen ebenso viel leisten können wie Männer. Junge Mädchen haben entsprechende Vorbilder. Allzu oft werden sie dennoch entmutigt, denn einerseits haben Jungs oft weiterhin mehr Chancen, und andererseits sind sie selbst in höherem Maß sexualisierten Übergriffen und Beschämung ausgesetzt. Frauenrechtskampagnen wollen das ändern. Das Gemeinwohl hängt von ihrem Erfolg ab.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/D+C**.

euz.editor@dandc.eudc

Gleichstellung betrifft nicht nur Frauen, sondern alle – das ist auch vielen Männern klar. Einer, der sich seit Langem dafür einsetzt, ist Mabinué Ngom. Er vertritt den UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) gegenüber der Afrikanischen Union und der UN-Wirtschaftskommission für Afrika. Wir freuen uns, dass er in E+Z erklärt, wes-



halb die Zukunft der Sahelzone von starken Frauen abhängt, und wie veraltete Stereotypen die Krisen in der Region verschlimmern.

SEITE 24

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



Demonstration gegen den Militärputsch in Khartoum Mitte November.

SUDAN

Ungewisse Reise

Nach einem versuchten Militärputsch ist Sudans ziviler Premierminister Abdalla Hamdok wieder im Amt. Zivilgesellschaftlichen Akteuren behagt der Pakt nicht, den er mit den Generälen geschlossen hat.

Von Roli Mahajan

Ende Oktober stürzte General Abdel Fattah al-Burhan die Regierung, rief den Notstand aus und ließ Premierminister und andere Kabinettsmitglieder verhaften. Das schien das Ende des Abkommens zu sein, dem zufolge sich Militär und zivile Akteure die Macht teilten, um in einer langen Übergangszeit freie Wahlen zu organisieren.

Burhan wollte offensichtlich zurück in die Vergangenheit. 31 Jahre lang hatte der Militärdiktator Omar al Bashir das Land bis Frühjahr 2019 regiert, bis ein friedlicher Volksaufstand seine Herrschaft beendete. Angesichts der Demonstrationen stürzten ihn seine eigenen Generäle. Nach einiger Taktiererei vereinbarten sie mit zivilen Kräften eine gemeinsame Übergangsregierung.

Im Oktober brachte die Nachricht vom Coup sofort wieder Tausende auf die Stra-

ßen. Abermals konnte das Militär Proteste nicht verhindern. Mehr als 40 Menschen starben, aber selbst gewaltsame Repression schüchterte die Opposition nicht ein. Ende November wurde Hamdok freigelassen. Burhan schloss einen neuen Machtteilungspakt mit ihm.

Mehrere Kabinettsmitglieder weigerten sich jedoch, diesen Weg mitzugehen, und einige hätten wohl auch kaum ins Amt zurückkehren dürfen. Wie Kritiker monieren, müssen Minister nun Technokraten, aber nicht Politiker sein. Obendrein führt entgegen dem ursprünglichen Abkommen noch immer ein Soldat die Oberaufsicht. Folglich lehnen viele zivilgesellschaftliche Akteure Hamdoks Politik jetzt ab.

Ob es weiter Richtung Demokratie geht, ist offen. In der Vergangenheit scheiterten alle Versuche, gewählte Regierungen zu etablieren. Erst nach der Unabhängigkeit vom britischen Königreich 1956 und abermals 1964 und 1986. Jedes Mal ergriffen Generäle die Macht. Nach 1989 gehörten zur Schreckensherrschaft des Bashir-Regimes:

- ein blutiger Bürgerkrieg gegen die Unabhängigkeitsbewegung im Südsudan,

- Unterstützung für Osama bin Ladens Al-Kaida-Terrorismus und
- genozidale Gewalt in der Region Darfur.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) erließ Haftbefehl gegen Bashir, nachdem er 2008 wegen Mord, Vernichtung und Vergewaltigung angeklagt wurde. Außer ihm wurde bislang noch kein amtierender Staats- oder Regierungschef so an den Pranger gestellt.

Trotz brutaler Gewalt wurde der Südsudan 2011 unabhängig und hat nun wichtige Ölvorkommen auf seinem Territorium. Bashir war nie beliebt, aber Rohstoffeinnahmen halfen ihm, trotz westlicher Sanktionen Netzwerke im Militär und darüber hinaus zu knüpfen sowie in gewissem Maß städtische Mittelschichten ruhig zu halten.

DAS ENDE DER DIKTATUR

2018 lag die Wirtschaft dann am Boden. Treibstoff, Lebensmittel und sogar Banknoten wurden knapp. Die Inflation löste friedliche Proteste aus, wobei Jugendliche, Frauen und akademisch gebildete junge Leute sich besonders stark engagierten.

Die Generäle sahen, dass Bashirs Tage gezählt waren, und sie stürzten ihn ohne Blutvergießen im April 2019. Nach einigem Hin und Her wurde Burhan zum Interimspräsidenten ernannt und versprach, die diktatorische Kultur zu beenden, Straftaten des Regimes zu ahnden und die Macht an Zivilisten zu übergeben.

Bashir kam in das berüchtigte Kobarefängnis. Mehrere seiner wichtigsten Unterstützer wurden verhaftet. Allerdings war die gesamte Militärspitze mit dem Regime irgendwie verbandelt, und manche von ihnen verblieben in Machtpositionen. Der prominenteste von ihnen ist vermutlich der als „Hemeti“ bekannte Mohamed Hamdan Dagalo, der die berüchtigte paramilitärische RSF (Rapid Support Force – Schnelle Eingreiftruppe) befehligt. Viele meinen, er ziehe trotz seines vergleichsweise niedrigen Ranges die Strippen.

Die Proteste klangen 2019 nicht ab, und Anfang Juni töteten Sicherheitskräfte mehr als 100 Demonstranten, darunter 19 Kinder. Hemetis RSF fiel durch besonders skrupellose Gewalttätigkeit auf. Auch nach dem Massaker wurde weiter demonstriert. Anfang Juli 2019 schlossen die Generäle dann das Abkommen über Machtteilung mit

einem neu gegründeten zivilgesellschaftlichen Bündnis für Freiheit und Wandel.

Eine gemeinsame Verfassungserklärung hielt fest, das Abkommen solle innerhalb von 39 Monaten zu freien und fairen Wahlen führen. Ein Souveräner Rat aus fünf Militärs und sechs Zivilisten wurde gebildet. 21 Monate lang sollte ein Soldat den Vorsitz haben und ihn dann für die nächsten 18 Monate an eine zivile Person abgeben. Gewählt werden sollte im November 2022.

Als Vorsitzender des Souveränen Rates wurde Burhan de facto Staatsoberhaupt. Premier wurde Hamdok, ein Ökonom, der zuvor für multilaterale Institutionen wie die ILO und die Afrikanische Entwicklungsbank gearbeitet hatte. Das Alltagsleben blieb angesichts großer wirtschaftlicher Probleme jedoch schwierig. Bürgerliche Freiheiten wurden jedoch üblich, und die Kleiderregeln für Frauen wurden liberaler.

Bashir wurde vor Gericht gestellt und 2019 wegen Korruption und Geldwäsche verurteilt. Seine Gegner empörte allerdings, dass Gewalttaten nicht geahndet wurden. Über Anklagen bezüglich des Staatsstreichs

von 1989 wurde noch nicht entschieden. An den IstGH wurde er nicht ausgeliefert, was aus Sicht vieler Beobachter daran liegt, dass Spitzenmilitärs fürchten, der frühere Diktator werde dem Gericht Material liefern, das sie belasten würde.

Familien, deren Angehörige im Mörder von Khartoum starben, haben bislang keine Gerechtigkeit erfahren. Einige RSF-Mitglieder wurden zwar zum Tode verurteilt, aber ihr Oberbefehlshaber Hemeti bleibt unbestraft. Er ist vermutlich der mächtigste Kriegsherr im Land.

Was Sudanese heute vermutlich am meisten zu schaffen macht, ist die Wirtschaftskrise. Die Hamdok-Regierung hat harte Reformen ergriffen, Subventionen gestrichen und den Internationalen Währungsfonds zu Schuldenerlass bewegt. Die Inflation bleibt aber hoch, und viele Menschen sind verzweifelt.

Als im Sommer gegen die Wirtschaftspolitik protestiert wurde, witterten die Militärs ihre Chance. Es lässt sich weder beurteilen, welche Rolle Hemeti dabei spielte, noch welche er jetzt spielt.



Der Oktober-Putsch scheiterte. Klar ist aber auch, dass Hamdoks Ansehen erheblich gelitten hat. Solange es ökonomisch nicht wieder bergauf geht, wird die Lage instabil bleiben. Dass Tausende aber ihr Leben riskierten, um gegen den Coup zu protestieren, zeigt indessen, dass die Menschen die Militärherrschaft wirklich leid sind.



ROLI MAHAJAN
ist eine indische Journalistin und hat vor einiger Zeit ihren Master in Entwicklungsstudien an der Universität Uppsala gemacht. Afrika spielt in diesem Studienprogramm eine große Rolle.
roli.mahajan@gmail.com

HUMANITÄRE HILFE

Unterstützung für Klimaflüchtlinge

Die Klimakrise zwingt weltweit Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Ein IFRC-Bericht zeigt anschaulich, wie ihnen zu helfen ist – und wie Regierungen Katastrophen vorbeugen können.

Von Jörg Döbereiner

Zu den schlimmsten bereits spürbaren Auswirkungen der Erderwärmung gehört, dass sie Menschen zu Klimaflüchtlingen macht. Damit beschäftigt sich ein Bericht der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies – IFRC) vom Oktober 2021. Mit 192 nationalen Gesellschaften und rund 14 Millionen Helferinnen und Helfern ist die IFRC nach eigenen Angaben das weltweit größte Netzwerk

für humanitäre Hilfe. Der Report mit dem Titel „Displacement in a changing climate“ („Vertreibung im Klimawandel“) ist lesenswert, aus mindestens drei Gründen:

- Er zeigt, dass es Klimaflüchtlinge überall auf der Welt gibt, sowohl in einkommensschwachen als auch in einkommensstarken Ländern.
- Er weist darauf hin, dass sich mehrere Krisen überschneiden können und besonders großes Leid verursachen.
- Er benennt konkrete Maßnahmen, die Helfer vor Ort ergriffen haben, um Klimaflüchtlinge in verschiedenen Weltregionen zu unterstützen.

Im Mittelpunkt des Reports stehen Fallbeispiele aus elf Ländern: Australien, Deutschland, Fidschi, Honduras, Irak, Malawi, Mosambik, Namibia, Samoa, Tuvalu

und Jemen. Sie zeigen, wie die nationalen Gesellschaften der IFRC im jeweiligen Land arbeiten. Die Auflistung macht klar: Die Klimaerwärmung trifft sowohl Menschen in einkommensschwachen Ländern als auch in Industrienationen wie Australien und Deutschland. Beispielsweise mussten in Australien von September 2019 bis März 2020 zehntausende Menschen ihre Häuser und Wohnungen verlassen, darunter auch viele indigene Gemeinschaften. In Deutschland kamen bei der Flutkatastrophe 2021 mindestens 184 Menschen ums Leben, tausende Häuser wurden beschädigt.

Die Wissenschaft ist sich einig, dass mit der fortschreitenden Klimakrise solche Extremwetterereignisse sowohl häufiger als auch intensiver auftreten werden. Schon jetzt fliehen mehr Menschen vor solchen Naturkatastrophen als vor Krieg und Gewalt: Im Jahr 2020 wurden laut dem Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) etwa 30 Millionen Menschen weltweit durch Überflutungen, Stürme, Dürren oder Brände vertrieben. Vor Krieg und Gewalt flohen demnach 9,8 Millionen.

MEHRERE KRISEN ZUGLEICH

Vertreibung durch Klimawandel ist zwar ein globales Phänomen, aber besonders hart trifft es Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die Menschen dort sind besonders gefährdet, das streicht auch der IFRC-Bericht heraus. Viele von ihnen kämpfen mit mehreren Krisen zugleich: Naturkatastrophen, Seuchen und gewaltsame Konflikte verstärken sich gegenseitig.

Im Jemen herrscht beispielsweise seit Jahren ein bewaffneter Konflikt (siehe Tamuna Sabadze in der Rubrik Debatte der Digitalen Monatsausgabe 2021/04 von E+Z/D+C). Covid-19 setzte dem Gesundheitssystem des Landes zusätzlich zu. Sowohl 2020 als auch 2021 kam es zu starken Überflutungen, und die humanitäre Krise verschärfte sich weiter. Hunderttausende waren betroffen, darunter viele Binnenvertriebene, die zum zweiten Mal fliehen mussten. Tausende Häuser wurden zerstört. Laut dem Bericht beinhaltet der Einsatz des jemenitischen Roten Halbmonds unter anderem:

- Erste Hilfe zu leisten,
- Nahrungsmittel und Hygieneartikel zu verteilen,
- bei Evakuierungen zu helfen und
- psychosoziale Hilfsangebote.

Gerade wenn sowohl Flüchtlinge als auch die Gastgemeinden akute humanitäre Hilfe benötigen, sei der enge Kontakt vor Ort besonders wichtig, um Spannungen zu vermeiden, so der Report. Beispielsweise sahen sich im März 2021 hunderte Menschen aus Angola wegen einer Dürre dazu gezwungen, die Grenze nach Namibia zu überqueren. Die dortige Bevölkerung musste aber ihrerseits schon Erfahrungen mit Lebensmittelknappheit machen. Solche Situationen bergen Konfliktpotenzial. Um die Lage zu entschärfen, arbeitete das Namibische Rote Kreuz nach eigenen Angaben eng mit der Regierung zusammen. Es kümmerte sich um die Flüchtlinge, während die Regierung Lebensmittel und Saatgut an die einheimische Bevölkerung verteilte.

PRÄVENTIVE MASSNAHMEN

Der Bericht betont zudem, wie wichtig Prävention ist. Im Kern geht es darum, nicht nur Klimaflüchtlingen zu helfen, sondern dafür zu sorgen, dass möglichst wenige Menschen überhaupt erst zu Klimaflüchtlingen werden. Beispiel Tuvalu: Dem klei-

nen Inselstaat droht Trinkwasserknappheit aufgrund von Dürren. Das Rote Kreuz beobachtet deshalb meteorologische Vorhersagen, um das Ausmaß der Wasserknappheit auf sieben Inseln möglichst gut vorherzusagen zu können. Das Ziel: gegenwärtige und künftige Auswirkungen auf die Gesundheit und die Lebensgrundlagen der Bewohner besser zu verstehen.

Katastrophenmanagement ist eine komplexe Angelegenheit. Oft sind viele unterschiedliche Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen involviert. Damit sie effektiv und effizient handeln könnten, brauche es eine gesetzliche Grundlage, die dies ermögliche, so der Bericht. Die Verantwortlichkeiten müssten klar verteilt sein. Außerdem könnten Gesetze und andere Regelungen die Grundlage dafür bilden, sowohl die Geflüchteten als auch die Gastgemeinden gut zu versorgen. Fallbeispiele aus Fidschi und Malawi zeigen, wie das Rote Kreuz mit Ländern zusammenarbeitet, um Katastrophenschutzgesetze anzupassen.

Eine der Empfehlungen, die der Bericht Regierungen gibt, ist denn auch, die jeweiligen nationalen Gesetzgebungen, Verfahren und Strategien auf Klimaflüchtlinge hin anzupassen. Außerdem müsse mehr dafür getan werden, dass Menschen nicht zu Klimavertriebenen werden.

Auch gegenüber Geldgebern spricht der Bericht Empfehlungen aus. Sie sollten:

- klimabezogene Finanzierung auf flexible und leicht zugängliche Weise bereitstellen,
- Klimafinanzierung verknüpfen mit humanitärer Hilfe, Entwicklungsausgaben und Katastrophenschutz sowie
- die Menschen und Organisationen vor Ort unterstützen.

Unterm Strich macht der IFRC-Bericht klar, welche gravierenden Auswirkungen die Klimakrise schon jetzt weltweit zeitigt. Er gibt aber auch Anlass zur Hoffnung: Die Fallstudien zeigen, dass Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen in der Lage sind, die Auswirkungen von Naturkatastrophen abzumildern, wenn sie vorbereitet sind und koordiniert zusammenarbeiten. Darin werden sie wohl noch besser werden müssen – denn die Klimakrise hat gerade erst begonnen.

LINK

IFRC, 2021: Displacement in a changing climate.

https://www.ifrc.org/sites/default/files/2021-10/IFRC-Displacement-Climate-Report-2021_1.pdf



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit / D+C Development
and Cooperation.

euз.editor@dandc.eu



Mitarbeiter des Roten Kreuzes versorgen Überlebende des Zyklons Idai in Mosambik, 2019.

AMPELKOALITION

„Nachhaltigkeit“ in der Überschrift

Deutschland hat eine neue Bundesregierung mit Olaf Scholz an der Spitze. Die Sozialdemokratin Svenja Schulze ist die neue Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die beiden Spitzenfrauen des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) haben in einer Pressekonferenz die Perspektiven bewertet.

Von Hans Dembowski

DIE-Direktorin Anna-Katharina Hornidge hält Schulze für eine gute Wahl, weil sie internationale Erfahrung und Verständnis von Nachhaltigkeitsfragen mitbringe. Als Bundesumweltministerin vertrat sie Deutschland unter anderem beim Klimagipfel in Glasgow. Positiv findet die Wissenschaftlerin zudem, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eigenständig bleibt und nicht – wie zeitweilig vorgeschlagen – mit Auswärtigen Amt oder Verteidigungsministerium zusammengelegt wird. Die Orientierung an globaler Solidarität werde also nicht mit diplomatischen oder Sicherheitserwägungen vermergt.

In verschiedener Hinsicht sieht Hornidge im Koalitionsvertrag gute Politikgrundlagen. Beispielsweise stehe Nachhaltigkeit in der Überschrift. Sie lautet: „Mehr

Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Solidarität und Nachhaltigkeit“. Das Thema Klima durchdringe den ganzen Vertrag, sagt die DIE-Chefin. Das sei ein guter Anfang, auch wenn andere Aspekte von Nachhaltigkeit weniger stark betont würden.

Die Entwicklungssoziologin hält es für richtig, dass die Ampelkoalition eine wertebasierte Außenpolitik mit starker multilateraler Orientierung verspricht. Grundsätze wie Demokratie, Menschenrechte und Diversität prägten den Koalitionsvertrag, der sowohl die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung als auch die Pariser Klimaziele als Orientierungswerte zitiere. Was das für die konkrete Politik bedeuten werde, bleibe jedoch abzuwarten. Das DIE spricht sich seit langem für nachhaltige Entwicklung und multilaterale Strategien aus (siehe zum Beispiel Hans Dembowski im Monitor unserer Digitalen Monatsausgabe E+Z/D+C 2021/09).

Dem Koalitionsvertrag zufolge wird Deutschland künftig mindestens 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungspolitik (ODA – official development assistance) aufwenden, wobei 0,2 Prozent für geringstentwickelte Länder vorgesehen sind. Daraus folgert Hornidge, dass besser gestellte Länder entweder weniger Unterstützung bekommen werden oder die ODA-Quote steigen muss. Der Koalitionsvertrag

verspreche zudem Klimafinanzierung zusätzlich zu ODA. Was das in der Praxis bedeuten werde, sei noch nicht klar.

Das DIE ist ein staatlicher Thinktank, aber als Professorin der Universität Bonn genießt Hornidge akademische Unabhängigkeit. Ihre Stellvertreterin Imme Scholz wird demnächst als Vorstandsmitglied zur Heinrich-Böll-Stiftung wechseln. (In eigener Sache: Sie ist auch Mitglied im Beirat von E+Z/D+C).

Scholz rät der neuen Regierung zu einer ressortübergreifenden außenpolitischen Strategie, um Politikkohärenz sicherzustellen. Das wäre auch für die Abstimmung innerhalb der EU und die Entwicklungszusammenarbeit nützlich. So seien etwa Klimapartnerschaften mit Entwicklungsländern sinnvoll, wobei der European Green Deal eine Rolle spielen könne.

Die Entwicklungsforscherin weist darauf hin, dass alle Bundesministerien mittlerweile auf irgendeiner Weise international Kooperation betrieben, aber nur das AA und das BMZ über echte Länderexpertise verfügten. In internationalen Beziehungen sei aber großes Fingerspitzengefühl nötig. Denn einerseits dürfe Kooperation mit Blick auf Klima oder Artenvielfalt nicht gefährdet werden, andererseits müssten aber autoritäre Potentaten klare Botschaften hören, was Demokratie und Menschenrechte angeht.

Scholz lobt das evidenzbasierte Denken der neuen Bundesregierung, die nicht nur Entwicklungspolitik, sondern auch Militäreinsätze evaluieren will. Wichtige Versprechen seien zudem Geschlechtergerechtigkeit, der internationale Kampf gegen Steuerflucht oder Unterstützung für ein neu zu schaffendes internationales Staatsinsolvenzrecht.

DIE-Direktorin Hornidge hofft, Nachhaltigkeit werde zum zentralen Thema der neuen Regierung. Weil Wissenschaft eine gute Grundlage für multilaterale Entscheidungsfindung biete, sei es sinnvoll, den Auf- und Ausbau von akademischen Kapazitäten in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen zu unterstützen. Zudem korreliere Orientierung an Fakten mit demokratischem Denken.

HANS DEMBOWSKI

ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Als Bundesumweltministerin vertrat Svenja Schulze Deutschland beim Klimagipfel in Glasgow.

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Faire Preise festlegen

Um Armut an der Wurzel zu bekämpfen, sollten Regierungen dafür sorgen, dass Angestellte und Bauern angemessen bezahlt werden. Da Marktpreise oft verzerrt sind, sollten die Mechanismen der Preisbildung geändert werden.

Von Ruud Bronkhorst

Viele Menschen in Entwicklungsländern verdienen zu wenig, um sich und ihre Familien gut zu ernähren. Einige Gründe sind niedrige Löhne für Arbeiter, und geringe Preise, die Kleinbauern verlangen können.

Um Armut grundlegend zu bekämpfen, müsste die Art und Weise der Preisfestsetzung verändert werden. Die Preise für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse sollten so sein, dass sie jenen, die sie erwirtschaften, angemessene Einkommen sichern. Ein fairer Preis muss das Minimum abdecken, das ein Hersteller für Produktionskosten und Löhne braucht – plus einer Marge für Investitionen.

Bei der Debatte über Preisgestaltung geht es meist um Marktpreise, die durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. In der klassischen Wirtschaftstheorie ist der Marktpreis der Preis, bei dem Angebot und Nachfrage nach einem Produkt ausgegogen sind. Im Alltag bestimmen jedoch etliche weitere Faktoren, die nichts mit Angebot und Nachfrage zu tun haben, den Marktpreis. Dass Marktpreise von „Gleichgewichtspreisen“ abweichen, hat mehrere Gründe:

- Manche Märkte sind unausgewogen, weil sie nur einen oder wenige Abnehmer haben.
- Subventionen, Import-/Exportbeschränkungen und andere staatliche Eingriffe können Preise verzerrten.
- Der Bedarf verarmter Verbraucher ohne Kaufkraft taucht beim Gleichgewichtspreis nicht auf.

Ansichts dieser Verzerrungen sollten sich politisch Verantwortliche von orthodoxen Ideen zur sogenannten Marktpreisgestaltung distanzieren und auf ethische und faire Ansätze fokussieren. Das legt schon

die Menschenrechtserklärung von 1948 nahe. In Artikel 23 heißt es, dass „jeder, der arbeitet, das Recht auf eine gerechte und angemessene Vergütung“ hat. In Artikel 25 ist zudem das Recht des Arbeitnehmers „auf einen Lebensstandard, der ihm und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden sichert, inklusive Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige Sozialleistungen“, verankert.

Auch die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) weisen in diese Richtung. SDG 1 lautet „Keine Armut“, SDG 2 „Kein Hunger“ und SDG 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“. Bestimmte Branchen haben Verhaltenskodizes etabliert, viele Privatunternehmen haben sich zur sozialen Unternehmensverantwortung verpflichtet. Vieles davon wäre unnötig, wenn Marktpreisbildung wirklich so funktionieren würde, wie die klassische Wirtschaftstheorie suggeriert.

Das Bewusstsein dafür, dass es eine andere Preispolitik braucht, wächst. Initiativen konzentrieren sich darauf, einen existenzsichernden Lohn für Arbeiter und ein existenzsicherndes Einkommen für Bauern zu erreichen.

• Ein „existenzsichernder Lohn“ deckt die Kosten für Essen (günstige nahrhafte Ernährung), Wohnen (gesunde Grundversorgung) und andere wesentliche Dinge (Schulgeld, Gesundheitsversorgung) sowie einen kleinen Betrag für Notfälle.

• Ein „existenzsicherndes Einkommen“ ist das Netto-Haushaltseinkommen, das Bauersfamilien einen angemessenen Lebensstandard und Investitionsspielraum ermöglicht – auch für Investitionen, die Kleinbauern etwa in Geräte und Saatgut machen müssen, um mit der Klimakrise zurechtzukommen.

Laut der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organization – FAO) waren 2018 mehr als 820 Millionen Menschen unterernährt. Die FAO befürchtet, dass die globale Erwärmung bis 2030 weitere 122 Millionen Menschen in die extreme Armut treiben könnte. Auch die Weltbank berichtet, dass „Konflikte und Klimawandel die extreme Armut in Teilen der Welt seit Jahren verstärken“.

BESSERER ANSATZ

Gut ist, dass sich Entwicklungsorganisationen wie die deutsche GIZ oder Fairtrade, ein globaler Dachverband, zu dem weltweit



Fairtrade-Bananen im Angebot in deutschem Supermarkt.

mehr als 1,8 Millionen Landwirte gehören, seit Jahren auf die Förderung einer fairen Preispolitik konzentrieren. Weiterer Befürworter einer Preisreform ist Voice, ein globales Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, das sich für Nachhaltigkeit im Kakaosektor einsetzt.

Eine solche Reform würde den Fokus auf die Bedürfnisse der Erzeuger richten, statt sich auf die imaginäre, „unsichtbare Hand“ des Marktes zu verlassen. Reformer haben ein Modell für faire Preisgestaltung in der Landwirtschaft entwickelt, das Bauern, die unterschiedliche Feldfrüchte anbauen, ein existenzsicherndes Einkommen bieten würde. Es legt für jedes Produkt einen fairen Preis fest.

Dafür rechnet es die Produktionskosten der Landwirte, das für einen angemessenen Lebensunterhalt nötige Einkommen und weiteren Investitionsbedarf zusammen. Diese Summe wird durch die erwarteten Erträge geteilt. Natürlich kann ein Landwirt höhere Erträge erzielen, wenn er besseres Saatgut verwendet, mehr Land nutzt, die

Bewässerung verbessert oder Düngemittel effektiver nutzt.

Die Preiskalkulation berücksichtigt dies, indem sie einen Betrag auf den Preis aufschlägt, damit der Landwirt solche Verbesserungen vornehmen kann. Natürlich wäre es auch sinnvoll, dafür zu sorgen, dass die Preisgestaltung eine nachhaltige Landnutzung fördert, statt eine nicht nachhaltige Monokulturproduktion zu maximieren (siehe Susanne Neubert im Schwerpunkt der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/11).

Eine solche Preiskalkulation erhöht nicht zwangsläufig die Preise für Konsumenten. Sobald Hindernisse in der Lieferkette beseitigt sind, ist es oft möglich, Haushaltsausgaben stabil zu halten. Übliche Hindernisse sind

- subventionierte Lebensmittelimporte, die lokale Landwirte benachteiligen,
- Verdrängung lokaler Produkte durch Nahrungsmittelhilfe und
- Engpässe in der Vermarktungskette.

Regierungen sollten solche Hindernisse abschaffen, damit die Verbraucher keine exzessiven Preise zahlen müssen. Das wür-

de zugleich die Chancen der Kleinbauern erhöhen.

Man kann nicht genug betonen, dass faire Preise für Industrieerzeugnisse und Agrarprodukte der ganzen Gesellschaft zugutekommen. Höhere Einkommen für schlecht bezahlte Arbeiter erhöhen die Gesamtkaufkraft, die wiederum das Wirtschaftswachstum ankurbelt. Bessere Löhne für arme Familien ermöglichen Bildungschancen, weil Eltern ihre Kinder dann eher in Schulen und Hochschulen schicken. Natürlich ist das eigentliche Ziel eine gerechtere Gesellschaft – davon hätten alle etwas.



RUUD BRONKHORST
ist Ökonom für ländliche Entwicklung und Autor des kürzlich erschienenen Buches „Economics of human rights:

Using the living income/fair price approach to combat poverty“ (Cham, Switzerland, 2020: Springer Nature). Er lebt in den Niederlanden.
rbronkh@infobridge.org
rbronkh@planet.nl

Expertenrat aus den Niederlanden

Die Stiftung InfoBridge ist eine 2002 in den Niederlanden gegründete Non-Profit-Organisation. Experten mit langjähriger Erfahrung in internationaler Zusammenarbeit unterstützen mit ihrem Knowhow ihre lokalen Partner in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie der Karibik und dem Pazifik. Es gibt drei Arten von InfoBridge-Programmen:

- Angewandte Forschung für Entwicklung,
- Kapazitätsaufbau und Lernen,
- Wissensaustausch und Innovation.

Forschung für faire Preise ist ein wichtiger Tätigkeitsbereich von InfoBridge, den Ruud Bronkhorst koordiniert (siehe Hauptartikel). Der Fokus

liegt auf der Methode zur Berechnung fairer Preise für kleine Bauernbetriebe. InfoBridge



Vorbereitung einer Ladung fair gehandelten Kakao aus São Tomé und Príncipe nach Frankreich.

kooperiert unter anderem mit Experten von Living Income Community of Practice, Living Wage Lab und GIZ.

Zur besseren Unterstützung der Partner in Übersee erarbeitet InfoBridge derzeit

einen Online-Kurs zur Erstellung fairer Preise. Es geht darum:

- warum faire Preise wichtig sind,
- wie man faire Preise für verschiedene Produkte errechnet,
- wie man Lücken zwischen fairen Preisen und Marktpreisen analysiert und schließt,
- was fair-pricing für Arbeiter, Hersteller, lokale Gemeinschaften und Umwelt bedeutet und
- wie man Wertschöpfungsketten bewertet.

Der Kurs ist kostenlos, Spenden, um seinen Fortbestand zu sichern, sind willkommen: support@infobridge.org

RB

LINK

Infobridge Foundation:
<https://infobridge.org/>

GETEILTER WOHLSTAND

„Die Mittelschicht fehlt“

In Malawi gibt es große Einkommensungleichheit und soziale Ausgrenzung. Viele Menschen haben Mühe, über die Runden zu kommen, und es besteht wenig Hoffnung, dass sich in absehbarer Zeit eine echte Mittelschicht herausbilden wird.

Von Rabson Kondowe

James ist verheiratet und hat zwei Kinder, die beide auf eine Privatschule gehen. Die Familie besitzt ein Auto. James ist ein Malawier, der zur Mittelschicht gehört. Er ist gut ausgebildet und arbeitet als Dozent an einem College in der Stadt Blantyre. Dennoch empfindet er seinen Alltag als hart. „Es ist das Überleben des Stärkeren“, sagt er. „Das Leben ist so teuer, dass man kreativ sein muss, um irgendwo ein paar zusätzliche Euro aufzutreiben, um über die Runden zu kommen.“

Das Gehalt, das James an der Hochschule verdient, reicht nicht aus, um seine Familie zu versorgen und die Ausbildung seiner Kinder zu bezahlen: „Ich muss noch andere Jobs machen, um die Ausgaben wie Schulgeld, Miete, Autounterhalt und andere Kosten zu decken.“ Deshalb arbeitet er auch als Medienberater.

Es gibt zwar keine genauen Statistiken über die Mittelschicht des Landes, aber der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzte 2017, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt und ein Viertel sogar extrem arm ist. Die wenigen Malawier, die der Kategorie der Mittelschicht entsprechen, sind in der Regel in den drei größten Städten des Landes zu finden: Blantyre, Lilongwe und Mzuzu. Sie arbeiten meist in der Regierung, im Finanzwesen, in der Wirtschaft und im Marketing.

Betcheni Tchereni, Dozent für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Malawi, sieht jedoch kaum eine Mittelschicht in Malawi. Viele Menschen haben Mühe, über die Runden zu kommen, sagt er. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch, und eine echte Mittelschicht fehlt. Er räumt ein, dass einige Menschen relativ wohlhabend sind, fügt aber hinzu: „Wenn wir sie mit der Mit-

telschicht in anderen Teilen der Welt vergleichen, sind wir weit davon entfernt, eine Mittelschicht zu sein.“ Er sagt, dass diese Malawier nicht selten „hoch verschuldet“ sind, Schwierigkeiten haben, ihre Kinder auf gute Schulen zu schicken und sich oft keine angemessene Wohnung leisten können.

600 DOLLAR PRO KOPF UND JAHR

Nach der Definition der Weltbank haben Volkswirtschaften mit niedrigem mittleren

verringern, ist enorm. Korrupte öffentliche Einrichtungen haben die Situation noch verschlimmert.

In einem Oxfam-Bericht aus dem Jahr 2015 heißt es, dass die Kluft zwischen den reichsten 10 Prozent der Malawier und den ärmsten 40 Prozent in den Jahren 2004 bis 2011 um fast ein Drittel zugenommen hat. Als Gründe nannte Oxfam unter anderem eine enorme Staatsverschuldung, geringe Steuereinnahmen und das Misstrauen gegenüber internationalen Entwicklungspartnern, die ihre Hilfe außerhalb des Regierungssystems leisten. Aus diesen Gründen fiel es der Regierung schwer, Ressourcen zu mobilisieren.

Zwischenzeitlich sind die Gerichte damit beschäftigt, die Regierungsführung zu verbessern. Der Oberste Gerichtshof hat eine manipulierte Präsidentschaftswahl für



Nur wenige Malawier zählen zur Mittelschicht: Lehrer in Chiradzulu.

Einkommen ein Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von über 1000 Dollar. Die aktuellste Zahl der Weltbank für Malawi liegt bei etwa 600 Dollar, sodass das Land zu den Ländern mit niedrigem Einkommen gehört.

Malawi wächst nur langsam, was auch an der ungleichen Verteilung von Vermögen und Einkommen liegt. Die Herausforderung, die sozialen Ungleichheiten zu

ungültig erklärt. Der neue Präsident Lazarus Chakwera gilt als integer, konnte aber in der Wirtschaft bisher nichts bewegen (siehe Rolf Drescher in der Debatte der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/05).

Er trat im Sommer 2020 sein Amt an, und eine der großen Herausforderungen, vor denen er steht, ist, dass die Covid-19-Krise die Lage in Malawi verschlimmert

hat. Das gilt auch für viele andere Entwicklungsländer (siehe Ron Sseggujja Ssekandi im Magazin der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/12). Die Armut wächst – vor allem in städtischen Gebieten.

Die großen Probleme bestanden jedoch schon vor Covid-19. In Wahrheit arbeiten die meisten Malawier im informellen Sektor, zu dem auch kleinbäuerliche Betriebe gehören. Laut einer malawischen Arbeitskräfteerhebung aus dem Jahr 2013 waren 89 Prozent der Bevölkerung in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. Wie viele afrikanische Länder braucht Malawi ein Entwicklungsmodell, „das Beschäftigung im formellen Sektor schafft und allen ein gewisses Maß an Einkommenssicherheit bietet“, schrieb Ndongo Samba Sylla im Schwerpunktteil der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/07.

Die Unternehmen des informellen Sektors zeichnen sich durch geringe Produktivität, niedrige Einkommen und fehlende soziale Absicherung aus. Dabei spielt es kaum eine Rolle, ob die Unternehmen in der Landwirtschaft, im verarbeitenden Gewerbe oder im Einzelhandel tätig sind.



Auch wenn sie nicht besteuert wird, geht informelle Tätigkeit fast immer mit Armut einher.

Davon betroffen ist Joshua Mkandawire. Er ist 32 Jahre alt und betreibt einen kleinen Friseursalon in einem einkommensschwachen Viertel von Mzuzu. Er hat eine Frau und drei Kinder. „Es ist nicht leicht“, sagt er, „ich verdiene nicht genug, aber ich bin dankbar, denn das ist besser als nichts.“

Seine Frau Catherine verbringt die meiste Zeit mit dem Verkauf von Gemüse auf der Straße, um etwas Geld dazuzuver-

dienen. Die Wohnkosten und die Miete für den Friseurladen, sagt sie, zehren das Einkommen ihres Mannes auf.

Der Wissenschaftler Tchereni ist der Ansicht, dass die Regierung ein fruchtbareres Umfeld für die formale verarbeitende Industrie schaffen und gleichzeitig dafür sorgen muss, dass die Arbeitsgesetze eingehalten werden. „Die meisten Menschen bekommen weniger als den Mindestlohn, aber wir brauchen eine auskömmliche Bezahlung“, sagt er (siehe auch Ruud Bronkhorst auf Seite 8 in dieser Digitalen Monatsausgabe).

„Um die Einkommensungleichheit zu verringern, brauchen wir Unternehmer im Land. Im Moment haben wir viele Händler und keine Unternehmer.“ Laut Tchereni würde eine progressive Besteuerung dazu beitragen, Einkommen von den Reichen auf die Armen zu verteilen.



RABSON KONDOWE
ist freier Journalist aus
Blantyre im südlichen Malawi.

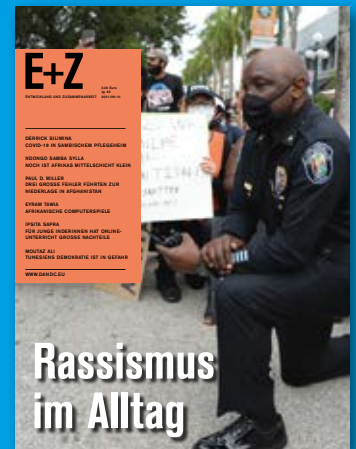
kondowerabie@gmail.com

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



Handel mit Schwarzgebranntem

Als in Simbabwe Bierkneipen, Bars und Spirituosengeschäfte wegen Corona geschlossen wurden, begann der Handel mit selbstgebranntem alkoholischen Getränken zu florieren. Diesen illegalen Verkauf gab es natürlich schon vor der Covid-19-Krise, und er geht auch jetzt, wo die Bars wieder geöffnet sind, weiter.

Die Händler füllen ihren selbst gebrannten Schnaps, der in behelfsmäßigen Brennereien hergestellt wird, in leere Flaschen mit Markenalkohol ab und verkaufen ihn an Marktständen und am Straßenrand. Der 26-jährige Forward Nyakuenda aus dem Township Mbare bei Harare ist vor Kurzem in den Handel eingestiegen. Er verkauft 200-Milliliter-Flaschen für 50 US-Cent das Stück.

An seinem Marktstand stellt Nyakuenda die Flaschen in ordentlichen Reihen auf. Es kleben Markenetiketten wie Café-Rum, Challenger, King Stallion und Two Keys darauf. Die Kunden wissen, dass es keine Markenprodukte sind, aber das scheint sie nicht zu stören.

Der Verkauf ist illegal, aber Nyakuenda fürchtet die Razzien der Polizei nicht. „Die Polizei will nur Geld“, sagt Nyakuenda. „Ich gebe ihnen jeden Tag einen 5-Dollar-Schein, und sie lassen mich in Ruhe. Sie stehen jetzt auf meiner Gehaltsliste.“ Während des Lockdowns nahm er 200 bis 250 Dollar pro Tag mit seinem Alkohol ein.

Der Handel mit Schwarzgebranntem hat eine lange Tradition und ist in vielen armen Ländern üblich. Der hausgemachte Alkohol ist in Simbabwe als Musombodia, Kachasu oder Tumbwa bekannt. Es ist eine Mischung aus Alkohol und braunem Lebensmittelfarbstoff. Gelegentlich kommt es zu Vergiftungen aufgrund eines überhöhten Ethanolgehalts, und Menschen erblinden oder sterben sogar.

Hilton Nyamukapa vom Zimbabwe Civil Liberties and Drug Network spricht sich für die Legalisierung von selbst gebranntem Alkohol aus: „Illegaler Alkohol ist billig und leicht zugänglich, und vor allem junge Arbeitslose greifen zu.“ Die Nachfrage kann auf legalem Wege bisher nicht gedeckt werden. Die Erfahrung auf internationaler Ebene zeigt, dass illegaler Handel nicht zu regulieren ist. So kann es keine Qualitätskontrolle geben, um beispielsweise Vergiftungen zu verhindern.

Mitte November waren nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters etwa 20 Prozent der Simbabweer geimpft, und die Bars wurden wieder für Gäste mit Impfbescheinigungen geöffnet. Der illegale Alkoholhandel ist aber weiter in vollem Gange – und wird auch nicht verschwinden. Eine Kundin ist die 24-jährige Teddy Gwangwava. Sie sagt, sie trinke illegalen Alkohol, um ihre Sorgen zu ertränken, wie etwa ihre Arbeitslosigkeit (siehe auch mein Nowadays in der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2018/12). Gwangwava versorgt auch andere. Sie kauft selbst hergestellten Alkohol im benachbarten Südafrika und schmuggelt ihn mit Hilfe von Fernfahrern nach Simbabwe.

Während des Lockdowns mussten die Besitzer ihre Bars schließen. Einige sind mangels Alternativen auf den illegalen Handel umgestiegen. Mike Mhike aus Warren Park, einem Viertel westlich von Harare, gehört ihnen. Er hat Leute angestellt, die den Schnaps an Marktständen in der Hauptstadt verkaufen. Er sagt, dass die Leute sich gerne betrinken, weil viele von ihnen gestresst sind.



JEFFREY MOJO
ist ein Journalist aus
Harare.

moyojeffrey@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

63. Jg. 2022

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 21.12.21 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Sabine Balk (SB), Jörg Döbereiner (JD), Dagmar Wolf (DW; Assistenz),

Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Aviva Freudmann (AF), Jan Walter Hofmann

(JWH; Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



BÜRGERKRIEG

Ratlose Afrikanische Union

Die humanitäre Lage in Äthiopien ist katastrophal. In dem blutigen Konflikt kann keine Seite nachgeben. Aus mehreren Gründen unterstützen die Entscheidungsträger der Afrikanischen Union (AU) im Stillen Premierminister Abiy Ahmed.

Von Alphonse Shiundu

Die Büros der Afrikanischen Union sind in Addis Abeba, der äthiopischen Hauptstadt, und ihre Bediensteten kommen aus den verschiedenen Ländern des Kontinents. Das ist ein Grund, weshalb die Staats- und Regierungschefs, die in AU-Gremien den Ton angeben, nicht viel Druck auf Abiy machen. Kritik an seiner Regierung wäre riskant, weil niemand weiß, wie sie reagieren würde.

Andere Überlegungen wiegen aber sicherlich schwerer. Afrikanische Spitzenpolitiker sehen den Bürgerkrieg in einem ähnlichen Licht, wie Abiy das tut. Demnach bekämpft seine legitime Regierung seit 13 Monaten einen illegitimen Aufstand. Als Abiy die ersten Truppen in die Region Tigray schickte, sprach er von „Recht und Ordnung“, die wiederhergestellt werden sollten. Die regionale Regierung der TPLF (Tigray's People's Liberation Front) hatte zentralstaatliche Regeln nicht befolgt.

Zum komplizierten Hintergrund gehört aber, dass die TPLF lange Zeit die EPRDF (Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front) dominierte. Diese Partei beruhte auf ethnischen Milizen, die gemeinsam in einem zähen Guerillakrieg den Militärdiktator Mengistu Haile Mariam bekämpften. 1991 übernahm sie die Macht und regierte danach jahrzehntelang. Anfang 2018 machte sie Abiy zum Premierminister. Die Hoffnung war sicherlich, er werde als Oromo die zunehmend antitigrinische Stimmung im Land in den Griff bekommen und die Macht der EPRDF festigen. Stattdessen stieß er die TPLF vor den Kopf, indem er die Partei auflöste und eine neue gründete.

Aus Sicht der Spitzenpolitiker anderer afrikanischer Länder versucht nun eine ehemals einflussreiche Elite, wieder an die Macht zu kommen. Mit derartigem Verhal-

ten von Oppositionsgruppen rechnen sie auch zu Hause. Folglich sympathisieren sie mit Abiy und unterstützen ihn im Stillen. Dass auch Eritrea in den Konflikt involviert ist und dessen despotischer Präsident Isaias Afwerki Abiy unterstützt, macht die Lage noch komplizierter. Vor zwei Jahrzehnten forderte ein blutiger Krieg zwischen Eritrea und dem TPLF-geführten Äthiopien bis zu 100 000 Menschenleben. Die brutale Diktatur Eritrea ist auch ein AU-Mitglied.

Der AU-Spitze ist jedoch auch klar, dass sie den Konflikt nicht ignorieren kann, wenn sie die geopolitische Relevanz der eigenen Organisation nicht infrage stellen will. Folglich wählt der Vorsitzende der AU-Kommission, Muassa Faki Mahamat, seine Worte vorsichtig und diplomatisch. Er spricht sich für „territoriale Integrität und nationale Souveränität“ aus, fordert zu „Dialog“ auf und appelliert dazu, „Leben und Eigentum von Zivilisten“, aber auch die Infrastruktur zu schützen. Das ist alles richtig, verpufft aber wirkungslos.

Vermutlich sollte er nicht zu streng beurteilt werden. Das Kernproblem ist, dass nur Äthiopier Äthiopiens Probleme lösen können, beide Seiten aber extrem stur sind. Die AU hat Olusegun Obasanjo, den ehema-

ligen Präsidenten Nigerias, als Vermittler beauftragt. Am selben Tag, als er konstatierte, Krieg sei ein „Versagen der Politik“, meldeten beide Seiten Geländegewinne und kündigten neue Offensiven an.

Tatsächlich ist die Gewalt seit November 2020 entsetzlich eskaliert (siehe hierzu Markus Rudolf in der Debatte der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/10). Außer Tigray sind nun noch andere Regionen betroffen, und die Zivilbevölkerung dient im Kampf um die öffentliche Meinung weltweit als Geisel.

Obasanjo weiß, dass weder Abiy noch die TPLF nachgeben können. Beide sind gnadenlos und wollen den Sieg. Ihre militaristische Mentalität stammt aus dem Kampf gegen Mengistu und wurde im eritreisch-äthiopischen Krieg weiter verhärtet. Das macht echten Dialog schwer. Außenstehende können nicht viel tun.

Es wäre sicherlich hilfreich, wenn die Abiy-Regierung aufhören würde, die TPLF als Terroristen zu bezeichnen. Andererseits muss die TPLF akzeptieren, dass inklusive Politik komplexe und kleinteilige Verhandlung erfordert. Derzeit blockieren beide Seiten den Weg zu Frieden und Wohlstandsentwicklung. Beide sollten bedenken, dass nur Äthiopier Äthiopiens Probleme lösen können.



ALPHONSE SHIUNDU
ist ein kenianischer Journalist,
Redakteur und
Faktenchecker.
Twitter: @Shiundu





Die kongolesische Provinz Ituri kommt nicht zur Ruhe.

DR KONGO

Erneutes Wahlchaos droht

In der Demokratischen Republik (DR) Kongo sind die politischen Spannungen groß. Es ist fraglich, ob es unter Präsident Félix Tshisekedi glaubhafte und unabhängige Wahlen geben wird.

Von Gesine Ames

Im Jahr 2023 steht in der DR Kongo die Präsidentschaftswahl an. Im Vorfeld verschärft eine umstrittene Entscheidung die ohnehin angespannte politische Lage in dem Land: Das kongolesische Verfassungsgericht hat im Oktober 2021 Denis Kadima als neuen Präsidenten der Nationalen Unabhängigen Wahlkommission (Independent National Electoral Commission – CENI) vereidigt. Er wird somit maßgeblich für die Durchführung der Präsidentschaftswahl verantwortlich sein.

Eigentlich sollte der CENI-Chef von den acht wichtigsten religiösen Institutionen des Landes im Konsens bestätigt werden. Die katholische Bischofskonferenz CENCO und der Zusammenschluss der protestantischen Kirchen ECC lehnten Kadima allerdings ab. Die Kirchenführer äußerten Bedenken hinsichtlich seiner Unabhängigkeit. Ihrer Meinung nach ist er der Wunschkandidat des amtierenden Präsidenten Tshisekedi. Berichten zufolge setzten Vertreter:innen des Präsidenten Korruption und Drohungen ein, um Kadima ins Amt zu verhelfen.

Ähnlich kritisch äußerten sich andere Spitzenpolitiker und pro-demokratische

Aktivist:innen. Viele beunruhigt, dass auch an die Spitze anderer wichtiger Institutionen bereits Tshisekedi-Loyalisten gesetzt wurden. Das betrifft auch das Verfassungsgericht, das für die Bestätigung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahl zuständig ist.

Schon vor Kadimas Vereidigung war es in der Hauptstadt Kinshasa zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen – zwischen Anhänger:innen von Präsident Tshisekedi und des Oppositionsführers Martin Fayulu. Im November demonstrierten dann Tausende in Kinshasa friedlich gegen die Politisierung der CENI. Zeitgleich kam es im Südosten des Landes zu gewaltsamen Übergriffen auf Demonstrierende durch Sicherheitskräfte.

Die Bevölkerung hat bereits während der vergangenen Präsidentschaftswahl 2018 erfahren, wohin nicht unabhängige Wahlorgane führen können (siehe meinen Beitrag in der Rubrik Debatte in der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 5/2018). Daten der CENI und der Wahlbeobachtungsmission der katholischen Kirche legen nahe, dass Martin Fayulu der eigentliche Sieger dieser Wahl ist. Es kam allerdings anders: Der damalige Präsident Joseph Kabila durfte zwar selbst nicht mehr zur Wahl antreten, kontrollierte aber wichtige Institutionen wie die CENI und das Verfassungsgericht. Das erlaubte ihm, einen Deal mit dem Oppositionellen Félix Tshisekedi auszuhandeln. Kabila sorgte dafür, dass die CENI Tshiseke-

di als Wahlsieger bestätigte. Im Gegenzug sicherte er seiner eigenen Parteienplattform die Mehrheit im Parlament sowie die Kontrolle über die Sicherheitskräfte.

Als Tshisekedi Anfang 2021 seine Koalition mit Kabila beendete und eine neue Regierung ernannte, hofften Beobachter auf Reformen und stärkere Korruptionsbekämpfung. Tshisekedis bisherige Bilanz ist allerdings ernüchternd. So nahmen im Osten des Landes gewaltsame Konflikte an Intensität zu. In den Provinzen Ituri und Nord-Kivu ist seit März sogar der Kriegszustand verhängt. Unter der Militärregierung stieg die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung an. Neben den Verhaftungen von pro-demokratischen Aktivist:innen wurden drei Journalisten ermordet, die zum Kriegszustand und zu Verfehlungen der Armee recherchierten. Auch die Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurde eingeschränkt.

Insbesondere die ungewisse Dauer dieses Ausnahmezustands ist ein Indikator dafür, dass die DR Kongo in ein ähnlich chaotisches Szenario wie in den Jahren vor der Präsidentschaftswahl 2018 fallen könnte. Anlass zur Sorge geben auch der fehlende politische Wille, die Wahlen rechtzeitig vorzubereiten, sowie deren unklare Finanzierung.

Die deutsche Bundesregierung und die EU-Mitgliedsstaaten haben die Zusammenarbeit mit der kongolesischen Regierung erneut aufgenommen. Sie sollten ihr gegenüber vier wichtige Forderungen stellen:

- einen transparenten Wahlkalender
- eine nachvollziehbare Wahlfinanzierung
- die Zulassung unabhängiger Wahlbeobachtung und
- die Wahrung der demokratischen Rechte der Opposition und Zivilgesellschaft.

Trotz seines eigenen fragwürdigen Weges zur Macht ist es an Präsident Tshisekedi, die Glaubwürdigkeit der Politik wiederherzustellen. Freie und faire Wahlen sind dafür unabdingbar.



GESINE AMES
ist Koordinatorin des
Ökumenischen Netzes
Zentralafrika (ÖNZ), eines
Zusammenschlusses

kirchlicher Werke für Frieden, Menschenrechte und Entwicklung.
office@oenz.de

SOZIALE MEDIEN

Hunderttausende Online-Trolle

Einem alten Spruch zufolge erfordern Wahlerfolge auf den Philippinen drei „Gs“: Gewehre, Gauner und Gold (guns, goons and gold). Nun gehört noch ein „T“ für Trolle dazu.

Von Alan C. Robles

Vor fünf Jahren halfen zehntausende Facebook-Trolle Rodrigo Duterte, mit einem Stimmenanteil von 39 Prozent die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2020/12). Er ist für Gewalt berüchtigt, denn Mordkommandos prägten seine Amtszeit als Bürgermeister in Davao. Dennoch stellte Internetpropaganda ihn als Retter der Nation dar. Das gelang, weil:

- Facebook – genutzt von 80 Prozent der 110 Millionen Menschen auf den Philippinen – zum Alltag gehört und
- das Unternehmen allen vor der Wahl freien Internet-Netzzugang schenkte, die Nauf seiner Plattform blieben.

Das Geschenk war vergiftet. Falschinformation von Trollen ist heute normal. Duterte hat sogar einer „Influencerin“ mit einer 4-Millionen-starken Facebook-Gefolgschaft mehrere lukrative Posts gegeben. Ihr Spitzname „Queen of Fake News“ benennt ihre Hauptqualifikation. Heute beherrschen hunderttausende von Duterte-Trollen Facebook. Sie nennen sich „Duterte Diehard Supporters“ („unverwüsthliche Duterte-Unterstützer“), wobei sie das Kürzel DDS umdefinieren. Ursprünglich stand es für Davao Death Squads (Davao Todesschwadronen).

Wer die Regierung kritisiert, wird angegriffen. Auf Facebook, Twitter und YouTube tobt ein permanenter Sturm der Entrüstung. Trolle werfen oppositionellen Abgeordneten, Menschenrechtsengagierten sowie professionell juristisch oder journalistisch Arbeitenden „Kommunismus“ vor. Häufig folgen körperliche Angriffe durch Sicherheitskräfte oder Privatleute. Es gab schon Todesopfer.

Die Trolle mobilisieren innerhalb von Minuten Gleichgesinnte. Sie unterhöheln das Vertrauen in die Presse, erfinden Ge-

schichten und verbreiten regierungsamtliche Falschmeldungen.

Vor fünf Jahren kam Dutertes digitale Desinformation überraschend. Er war 71 Jahre alt, und ob er überhaupt wusste, was Facebook ist, war nicht klar. Vermutlich stützte er sich jedoch auf Expertenrat. Alexander Nix von der für digitale Meinungsmanipulation berüchtigten Firma Cambridge Analytica traf sich 2015 mit drei Männern in Manila. Einer wurde später Dutertes Direktor für soziale Medien, einer sein Wahlkampfesprecher, und der Dritte wurde ins staatliche Informationsamt berufen.

TESTLAUF FÜR TRUMP UND BREXIT

Auf den Philippinen teste Cambridge Analytica laut Whistleblower Christopher Wylie Propagandamethoden, die 2016 dann auch zur Unterstützung von Donald Trump bei den Präsidentschaftswahlen sowie des britischen Austritts aus der EU beim Referendum eingesetzt wurden. Die Philippinen kam das teuer zu stehen. Human Rights Watch zufolge sind wegen Dutertes angeblichem Krieg gegen Drogen mittlerweile rund 12000 Menschen gestorben. Andere gehen sogar von 30000 Toten aus. Der Internationale Strafgerichtshof lässt deshalb gegen

Duterte ermitteln. Ihm werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.

Propaganda und Desinformation gibt es seit Generationen, aber soziale Medien erleichtern die Organisation und verbilligen die Umsetzung. Große Internetplattformen dulden Trolle, weil ihre Werbeeinnahmen davon abhängen, wie lange Besuchende auf ihren Seiten bleiben. Ärger und Wut halten Menschen am Bildschirm fest. Facebook sei nicht dazu optimiert, Menschen glücklich zu machen, schreibt der Schriftsteller Cory Doctorow, sondern sie beschäftigt zu halten.

Das ist ein internationales Problem. Kürzlich warnte die Facebook-Whistleblowerin Frances Haugen, gegen Lügenpropaganda müsse zügig gehandelt werden. Andernfalls würden sich die Erstürmung des Kapitols in Washington am 6. Januar sowie genozidale Gewalt in Myanmar und Äthiopien nur als Auftakt zu Schlimmerem erweisen.

Auf den Philippinen hat Facebook Besserung versprochen. Das Unternehmen hat zugegeben, dass Cambridge Analytica Daten von 1,17 Millionen Nutzenden stahl. Es hat erfundene Profile gelöscht und eingeräumt, dass das Militär Desinformationsseiten betrieb. Die DDS-Trolle sind aber unvermindert aktiv. Aggression und Einschüchterung gehen weiter.



ALAN C. ROBLES
ist freier Journalist und lebt in Manila.
Twitter: <https://twitter.com/hotmanila>



Protest gegen Facebook 2019 in Manila.



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.
Media Production · Frankfurt am Main · 47 followers

See all 3 employees on LinkedIn

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation
119 followers
2h · 🌐

Ten years after #Tunisia's first free #elections, it increasingly looks as though its young #d...see more



EU must not simply watch Tunisia's democracy die
Development and Cooperation on LinkedIn · 37 views
by Hans Dembowski On 25 July, Tunisia's president Kais Saie...



Like



Comment



Share



Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind neuerdings auch auf LinkedIn vertreten, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Wir laden Sie herzlich ein, uns dort zu folgen. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir werden auf LinkedIn kurze Kommentare veröffentlichen und Themen künftiger Ausgaben von E+Z/D+C diskutieren. Außerdem werden wir dort auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hinweisen.

DEVELOPMENT AND
COOPERATION | **D+C**

Im argentinischen Córdoba feiern Frauen im Dezember 2020 das neue Abtreibungsgesetz.

SCHWERPUNKT

Frauen fördern

„Bildung und Erwerbsarbeit helfen Frauen, selbstbewusster aufzutreten.“ **SUNDUS SALEEMI, S. 18**

„Ohne Vorwissen ist das Einsetzen der ersten Regelblutung ein Schock.“ **MAHWISH GUL, S. 20**

„Moderne Kommunikationstechnik kann helfen, über Traditionen zu sprechen.“ **MONA NAGGAR, S. 22**

„Traditionell werden Mädchen als künftige Mütter gesehen. Das muss sich ändern.“ **MABINGUÉ NGOM, S. 24**

„Ein burundisches Sprichwort sagt: ‚Wer keine gute Frau hat, ist nicht reich.‘“ **MIREILLE KANYANGE, S. 25**

„Fehlende Geschlechtergleichstellung zeigt sich auch in rechtlichen Angelegenheiten.“ **ALPHONCE SHIUNDU, S. 27**

„Dominikanische Frauen wollen vom Gesetz geschützt werden.“ **MARJORIE PONS PIÑEYRO, S. 29**

„Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen ist enorm wichtig.“ **VIRGINIA CABALLERO UND MARÍA LÍA GHEZZI, S. 30**

„Behinderte Frauen erleben oft Stigmatisierung und Ausgrenzung.“ **SABINE BALK, S. 32**

„Frauen tragen ein größeres Risiko bei der Pandemiebekämpfung.“ **SABINE BALK, S. 33**





Arbeitsplätze sind wichtig: Frauen in der Keramikerstellung in Dhaka, Bangladesch.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Selbstvertrauen ist wichtig

Um echte Gleichberechtigung zu erreichen, müssen wir Frauen stark machen. Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt müssen endlich aufhören. Entscheidend dafür ist, Frauen den Zugang zu Bildung und Arbeit zu ermöglichen.

Von Sundus Saleemi

Die heutige Schieflage zwischen den Geschlechtern ist über Jahrtausende gewachsen. Soziokulturelle Traditionen und wirtschaftliche Prozesse spielten dabei eine wichtige Rolle. Die Folgen dieser Entwicklung rückgängig zu machen ist alles andere als einfach – aber machbar.

Weltweit sind Frauen auf verschiedenste Arten benachteiligt: Sie haben weniger Chancen auf Bildung und Arbeit und besitzen weniger materielles und immaterielles Vermögen. Selbst wenn Frauen genauso kompetent sind und die gleiche Arbeit machen wie Männer, werden sie oft schlechter bezahlt. Dieses Lohngefälle besteht weiterhin überall auf der Welt. Außerdem leisten Frauen überall einen unverhält-

nismäßig hohen Teil der Hausarbeit und der unbezahlten Pflege und Fürsorge.

Zwei weitere wichtige Phänomene, die ebenfalls weltweit auftreten, sind:

- Frauengesundheit erfährt zu wenig Beachtung und
- Frauen sind in besonderem Maße Gewalt ausgesetzt.

Wirklich vollumfängliche Gleichstellung gibt es nirgendwo. Im internationalen Vergleich liegen die Regionen mit den größten Ungleichheiten im globalen Süden. Um das zu ändern:

- brauchen Frauen besseren Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen,
- müssen sie mehr Mitspracherecht bekommen, sowohl in privaten als auch in öffentlichen Angelegenheiten, und
- muss das Wohl von Frauen und Mädchen den gleichen Stellenwert erhalten wie das von Männern und Jungen.

Formale Bildung spielt dabei eine entscheidende Rolle, auch wenn sie nicht alle Probleme löst. Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen sind extrem wichtig (siehe hierzu meinen Beitrag im Schwerpunk-

teil der E+Z/D+C-Digitalen Monatsausgabe 2021/04). Ohne sie kann sich niemand selbstständig informieren oder richtig mit Geld umgehen.

Eine solide Schulbildung stärkt zudem die kognitiven und intellektuellen Fähigkeiten: Frauen lernen, welche Rechte sie haben und wie sie Zugang zu staatlichen Institutionen bekommen, etwa zu Gerichten. Auch komplexere Finanzdienstleistungen sind vor allem gebildeten Menschen zugänglich.

BESSERER ZUGANG ZU BILDUNG

Mädchen und Frauen verdienen deshalb endlich einen besseren Zugang zu Primär-, Sekundär- und Tertiärbildung. Sie liegen hier immer noch hinter ihren männlichen Altersgenossen zurück. In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen lag die Einschulungsquote in weiterführende Schulen 2010 für Mädchen bei nur 34 Prozent – gegenüber 41 Prozent bei Jungen (siehe Esther Duflo, 2012). In Südasien und Subsahara-Afrika hat sich das Bildungsgefälle zwischen 1960 und 2010 vergrößert. In beiden Regionen gingen Jungen 2010 im Median mehr als drei Jahre länger zur Schule als Mädchen (siehe Evans et al., 2020).

Laut der dänischen Wirtschaftswissenschaftlerin Ester Boserup, einer Pionierin auf den Gebieten Gender und Entwicklungsarbeit, ist formale Bildung der Schlüssel zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie schrieb 1970, dass Mädchen hier zwangsläufig im Nachteil seien, solange sie unter einem doppelten Handicap leiden müssten: einer familiären Erziehung, die ihnen ein geringes Selbstwertgefühl vermittelt, und schlechteren Ausbildungsmöglichkeiten im Vergleich zu Jungen.

Um Geld zu verdienen, müssen Frauen in der Regel erwerbstätig sein. Verdienen sie genug, können sie sparen und ein eigenes Vermögen aufbauen. Historisch gesehen geschieht dies vor allem in Gesellschaften, in denen sich auch der Status der Frau verbessert hat. Überall dort, wo viele Frauen durch Erwerbsarbeit finanziell unabhängiger wurden, gingen auch die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten insgesamt zurück.

Beispielsweise haben ostasiatische Länder wie Taiwan und Südkorea hier größere Fortschritte gemacht als südasiatische Länder wie Indien und Pakistan. Der Rückgang der Ungleichheit in diesen Regionen

liegt laut der Gender-Historikerin Alice Evans (2021) daran, dass mehr Frauen erwerbstätig sind.

POSITIVE DYNAMIK

Auch in Bangladesch hat eine solche Aufwärtsdynamik eingesetzt: Frauen beweisen sich mehr und mehr in der formellen Erwerbsarbeit und lenken dadurch die Aufmerksamkeit auf bessere Bildung von Mädchen. Zugleich erhöht diese bessere Bildung wiederum die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Die Folge: Während Bangladesch lange Zeit als „hoffnungsloser Fall“ galt, rangiert das Land heute im Gender Gap Index des Weltwirtschaftsforums vor Indien, Pakistan und Sri Lanka. Auch bei den Millenniums-Entwicklungszielen war Bangladesch regional führend. Die Alphabetisierungsrate ist relativ hoch und die Mütter- und Kindersterblichkeitsrate niedrig.

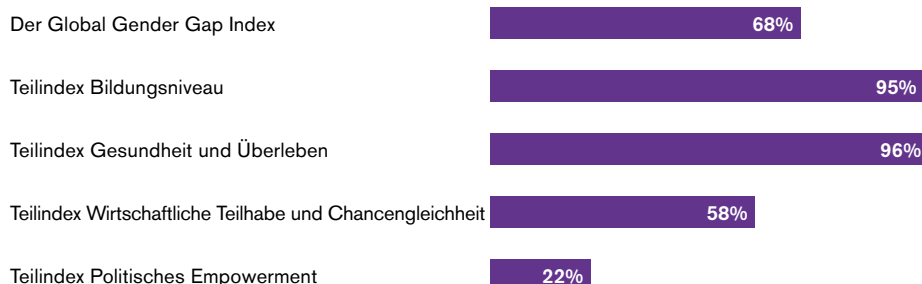
Bildung und Erwerbsarbeit helfen Frauen, auch in der Familie und im öffentlichen Leben selbstbewusster aufzutreten. Insbesondere die Anzahl der Kinder in einer Familie hängt wesentlich mit dem Bildungsstand von Frauen zusammen, deshalb ist fundierte Sexualaufklärung besonders wichtig (siehe hierzu Aditi Roy Ghatak in der Rubrik Debatte der E+Z/D+C-Digitalen Monatsausgabe 2019/05). Verhütungsmittel werden umso häufiger genutzt, je besser Frauen über Fortpflanzungsgesundheit Bescheid wissen und je emanzipierter sie gegenüber ihren Männern sind.

Studien zeigen, dass das Mitspracherecht von Frauen im Familienleben mit steigendem Einkommen und Bildungsgrad zunimmt. Gleichzeitig nimmt die häusliche Gewalt ab. Gebildete Frauen leiden seltener unter Misshandlungen, und wer selbstbewusst ist, kann auch unerwünschte sexuelle Annäherungsversuche und Belästigungen bestimmter zurückweisen. Weltweit genießen Vergewaltigter immer noch weitgehend Straffreiheit, und Analphabetismus und finanzielle Abhängigkeit erschweren es Frauen, die Täter vor Gericht zu bringen.

Bildungseinrichtungen spielen oft eine wichtige Rolle dabei, Geschlechterfragen ins Bewusstsein zu holen. In patriarchalen Gesellschaften neigen Frauen dazu, ihre Lebensumstände als unabänderlich zu akzeptieren (siehe Mahwish Gul im Schwerpunktteil der E+Z/D+C-Digitalen Monatsausgabe 2020/09). Wo Mädchen über Ge-

STAND DER GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN LÜCKEN, NACH TEILINDEX

Prozentsatz der bisher geschlossenen geschlechtsspezifischen Unterschiede, 2021



Anmerkung: Nach Bevölkerung gewichtete Durchschnittswerte für die 156 im Global Gender Gap Index erfassten Länder

nerationen hinweg von formaler Bildung ausgeschlossen wurden, fällt es ihnen schwerer, sich gegen Ausgrenzung zu wehren.

Gerade außerhalb des Elternhauses können sich Mädchen und junge Frauen auf neue Weise frei fühlen. Besonders wichtig sind Schulen und Universitäten (siehe hierzu Ipsita Sapra im Magazinteil der E+Z/D+C Digitalen Monatsausgabe 2021/11). Dort lernen Schülerinnen oft, anerzogene Einstellungen und Verhaltensweisen zu hinterfragen. Wenn sie mit Gleichaltrigen über Erfahrungen mit Diskriminierung, Gewalt und Ausgrenzung sprechen, wird vielen klar, dass die Unterdrückung von Frauen ein strukturelles Problem ist. Entsprechend engagieren sich gebildete Frauen eher in zivilgesellschaftlichen Organisationen, sozialen Bewegungen und politischen Parteien.

GESUNDHEIT IST WICHTIG

Man kann außerdem gar nicht genug betonen, wie sehr Bildung die Gesundheit von Frauen beeinflusst. Wenn sie sich in Ernährungsfragen gut auskennen, kommt das der ganzen Familie zugute. Auch ein besserer Zugang zu Verhütungsmitteln sowie Schwangerschaftsvor- und -nachsorge ist wichtig. Und wo weniger häusliche Gewalt herrscht, verbessert sich sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit der Frauen. Davon profitieren oft auch ihre Kinder.

Formale Bildung und Beschäftigung sind jedoch kein Allheilmittel. Auch in Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz gibt es Diskriminierung und Missbrauch, oft sogar in beträchtlichem Aus-

maß. Frauen sind hier nach wie vor Gewalt ausgesetzt. Auch die Aufgaben im Haushalt sind weiterhin ungleich verteilt. Um Gleichberechtigung zu erreichen, braucht es deshalb staatliche Maßnahmen. Zugleich bleibt es Aufgabe der Politik, auch die Bildungs- und Beschäftigungschancen weiter zu verbessern. Letztlich sollte sie alles daransetzen, die erwähnten positiven Dynamiken in Gang zu setzen – für echten Fortschritt.

LINKS UND LITERATUR

Boserup, E., 1970: *Woman's role in economic development.* (Nachdruck in: Boserup, E., Tan, S. F., & Toulmin, C.: 2013. London, Routledge).

Duflo, E., 2012: *Women empowerment and economic development.* *Journal of Economic Literature*, 50(4), 1051-79.

<https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/jel.50.4.1051> (Paywall)

Evans, A., 2021: *How did East Asia overtake South Asia?*

<https://www.draliceevans.com/post/how-did-east-asia-overtake-south-asia>

Evans, D., Akmal, M., and Jakiela, P., 2020: *Gender gaps in education.* Center for Global Development, Working Papers 523.

<https://www.cgdev.org/publication/gender-gaps-education-long-view>



SUNDUS SALEEMI

ist Wissenschaftlerin am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn. Sie

promovierte dort kürzlich mit einer Dissertation über die Alphabetisierung von Frauen in Pakistan.

sundus.saleemi@gmail.com

MENSTRUATION

Das Tabu brechen

In Pakistan haftet der Menstruation ein Stigma an. Ein neues Online-Angebot hilft dabei, das zu ändern, indem es Mädchen spielerisch Informationen und Tipps gibt.

Von Mahwish Gul

In einigen Ländern ist es ein Grund zum Feiern, wenn ein Mädchen zum ersten Mal seine Periode bekommt. Die internationale Hilfsorganisation ActionAid nennt Fidschi als Beispiel. Am vierten Tag der ersten Periode bereitet dort die Familie des Mädchens ein Fest vor, um seinen Eintritt in die Weiblichkeit zu feiern. In manchen Gegenden in Brasilien können sich die Mädchen zu Beginn der Menstruation eine Auszeit nehmen, um etwas über sich selbst und ihre Herkunft zu lernen. Danach werden sie mit einem Fest wieder willkommen geheißen. Und in Teilen Südiindiens wird die erste Periode eines Mädchens, die sogenannte Menarche, mit einer Erwachsenwerden-Zeremonie gefeiert, bei der das Mädchen Geschenke erhält und ein traditionelles Sari-Gewand trägt.

In Pakistan ist das ganz anders: Alles, was mit Menstruation zusammenhängt, ist mit Scham und Tabu belegt. Niemand spricht darüber. Tatsächlich erfahren nur wenige Mädchen überhaupt rechtzeitig, dass sie eines Tages menstruieren werden. Generell verdienen Frauengesundheit und Sexualerziehung in Pakistan wesentlich mehr Aufmerksamkeit (siehe meinen Beitrag hierzu im Schwerpunkt der Digitalen Monatsausgabe 2020/04 von E+Z/D+C).

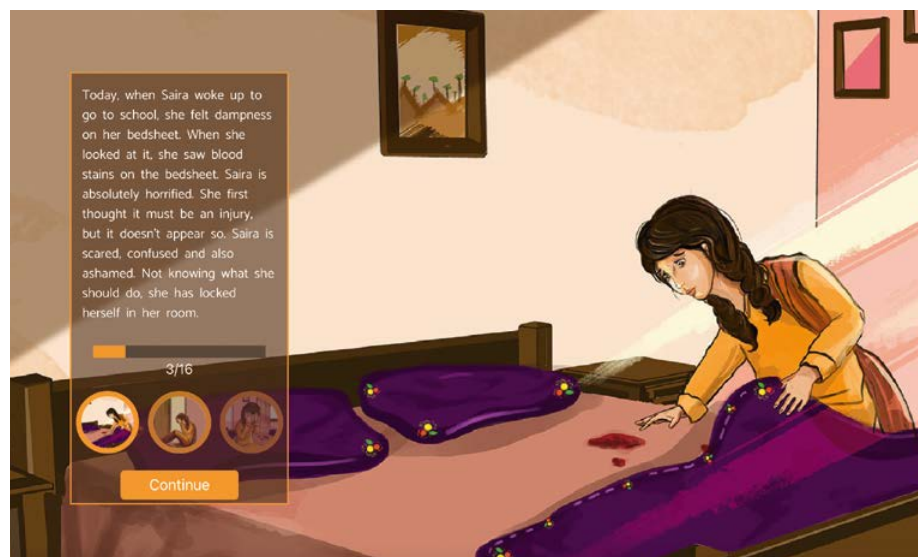
Fast zwei Drittel der pakistanischen Mädchen wissen vor ihrer ersten Periode nicht, was Menstruation bedeutet. Dies geht aus einem Bericht hervor, den der Population Council mit Sitz in New York zusammen mit UK Aid und dem UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) 2019 veröffentlicht hat. Wüssten Jungen und Mädchen im Voraus, welche körperlichen Veränderungen die Pubertät mit sich bringt, könnten sie sich besser auf das Erwachsenwerden vorbereiten, so der Bericht. Dies könne sie vor Stress bewahren.

Ohne Vorwissen ist das Einsetzen der ersten Regelblutung ein Schock. Ein 13-jähriges Mädchen erinnert sich an den Beginn ihrer Periode so: „Ich dachte, das passiert nur mir. Ich dachte, meine Mutter würde wütend, wenn sie das erfährt. Ich dachte, sie würde sagen, dass es passiert, weil ich mir etwas angetan habe.“

Solche Ängste und Missverständnisse sind weit verbreitet. Stigmatisierung und Unwissenheit können großen Schaden an-

Denn die älteren Mädchen und Frauen haben das Stigma oft verinnerlicht. Sie reproduzieren die patriarchale Sichtweise, die Scham und Angst aufrechterhält. Darüber hinaus sind sie oft selbst nicht gut informiert und geben schlechte Hygienepraktiken unbeabsichtigt weiter. Das birgt erhebliche gesundheitliche Risiken. Laut UNICEF kann eine schlechte Menstruationshygiene Gesundheitsrisiken bergen und wird mit Infektionen der Geschlechtsorgane und der Harnwege in Verbindung gebracht.

Die Corona-Pandemie hat die Situation noch verschärft. Beispielsweise haben Schulschließungen den Zugang der Mädchen zu Informationen und Hygieneartikeln eingeschränkt. Und manche Eltern, die durch die Pandemie in finanzielle Schwie-



Menstruation ist nichts, wofür man sich schämen muss: Szene aus der Geschichte von #HelpSaira. Screenshot <https://sairaneedshelp.web.app/>

richten. Vor allem Angst und Scham führen zu emotionaler Belastung und wirken sich oft negativ auf die schulischen Leistungen der Mädchen aus. Nach Angaben von UNICEF führen falsche Vorstellungen über Menstruation dazu, dass viele Mädchen ganz normale Aktivitäten meiden, etwa mit anderen zu spielen oder zur Schule zu gehen.

In einer Gesellschaft, die Menstruation stigmatisiert, ist es nicht sinnvoll, sich auf die Mütter oder älteren Schwestern der Mädchen zu verlassen, wenn es darum geht, die nötigen Informationen weiterzugeben und emotionale Unterstützung zu leisten.

rigkeiten geraten sind, mussten ihre Ausgaben für Hygieneartikel kürzen.

KONSTRUKTIVER DIALOG

Anstatt das Thema Menstruation weiterhin zu stigmatisieren, sollte Pakistan einen Dialog fördern, der das Erwachsenwerden von Mädchen normalisiert und ihnen dabei hilft, die Veränderungen in ihrem Körper zu verstehen. Dazu können auch Online-Plattformen beitragen, die Informationen über Gesundheits- und Hygienethemen im Zusammenhang mit der Menstruation vermitteln. Ihnen kommt zugute, dass viele Pa-



kistaner aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen neue WLAN-Anschlüsse installiert und Smartphones gekauft haben. Viele informieren sich verstärkt online oder nutzen Online-Shopping.

Informationen ins Internet zu stellen ist sicherlich kein Allheilmittel, schließlich können sie ungenau, zu technisch oder unvollständig sein. Einige Online-Angebote treffen aber den richtigen Ton und verwenden Formate, mit denen junge Mädchen etwas anfangen können. Eines dieser Angebote ist die Browser-App #HelpSaira, die ich gemeinsam mit dem East-West Center Hawaii entwickelt habe, mit technischer Unterstützung des Center for Communication Programs Pakistan, einer PR-Organisation.

#HelpSaira gibt es sowohl in Englisch als auch in Urdu. Saira ist ein fiktives Mädchen, das mit der Menstruation zu kämpfen hat. Sie ist in der App als illustrierte Figur dargestellt. Die Userinnen sollen Saira „helfen“, indem sie einige grundlegende Fragen zu Menstruation und der richtigen Hygiene beantworten. Die Idee dahinter ist, den Nutzerinnen korrektes Wissen über die biologischen Fakten und Hygienepraktiken zu vermitteln. Die richtigen Antworten können im Verlauf der Geschichte ausgewählt werden.

#HelpSaira ist als interaktive Geschichte erzählt, die aus drei Episoden besteht. Sie beginnt damit, dass Saira zum ersten Mal ihre Periode bekommt. Wie viele andere Mädchen weiß sie nicht, was mit ihr passiert und wie sie damit umgehen soll. Die Geschichte zeigt, wie Saira Hilfe und Ratschläge von ihrer Familie, ihren Freundinnen und ihrer Lehrerin erhält. Gegen Ende der Geschichte hilft sie anderen: Sie setzt sich dafür ein, dass alle Mädchen über Menstruation informiert werden und dass ihre Schule einen angemessenen Sanitärbereich und Damenbinden zur Verfügung stellt.

Das Angebot richtet sich an Mädchen im Teenageralter und soll ihnen Wissen vermitteln und ihr Selbstvertrauen stärken. Vor allem macht es klar, dass Menstruation nichts Schändliches oder Falsches ist. Die App zeigt, wie Eltern, Lehrer und andere Mädchen reagieren sollten, wenn ein Mädchen zum ersten Mal seine Periode bekommt: indem sie ihre Unterstützung anbieten und das Mädchen nicht ausgrenzen.

Sairas Geschichte räumt auch mit verschiedenen Mythen und falschen Vorstellungen über Menstruation auf, die wir in Gesprächen mit Mädchen gesammelt haben. Alle Teenager – ob männlich oder weiblich – sollten rechtzeitig lernen, dass Frauen normalerweise etwa einmal im Monat menstruieren, es sei denn,

- sie sind schwanger,
- sie haben vor kurzem entbunden oder
- sie sind nicht im gebärfähigen Alter.

Das ist etwas Natürliches und nichts, wofür man sich schämen müsste. Manche Frauen haben während ihrer Periode Schmerzen oder ihnen ist übel, aber sie bleiben trotzdem vollwertige und voll verantwortliche Personen. Gleichzeitig sind Körperpflege und Hygiene sehr wichtig. Alle Mädchen müssen solche Dinge wissen, damit sie selbstbewusste Erwachsene werden. Und wenn aus Jungen einmal Männer werden sollen, die Frauen respektieren, dann müssen auch sie darüber Bescheid wissen.

Ein Angebot wie #HelpSaira kann der Beginn eines größeren schulischen Programms zur Aufklärung von Mädchen (und Jungen) über Menstruation sein. Es kann helfen, dieses kulturelle Tabu zu bre-

chen, doch das wird nicht einfach sein: Auf unserer Website finden sich bereits Hasskommentare, die uns vorwerfen, eine „ausländische Agenda“ zu verfolgen, um die einheimische Kultur zu untergraben. Nach und nach könnte es der pakistanischen Gesellschaft aber gelingen, alte Tabus zu überwinden und den Beginn der Pubertät bei Mädchen endlich als etwas zu sehen, das man feiert – und nichts, vor dem man sich fürchten muss.

LINKS

#HelpSaira:

<https://sairaneedshelp.web.app/>

Center for Communication Programs Pakistan:

<https://ccp-pakistan.org.pk/>

East-West Center:

<https://www.eastwestcenter.org/>

Population Fund, UK Aid und UNFPA, 2019: Situation analysis of reproductive health of adolescents and youth in Pakistan.

https://www.popcouncil.org/uploads/pdfs/2019RH_SituationAnalysisYouthPakistan.pdf

UNICEF, 2018: Fast facts: nine things you didn't know about menstruation.

<https://www.unicef.org/press-releases/fast-facts-nine-things-you-didnt-know-about-menstruation>



MAHWISH GUL

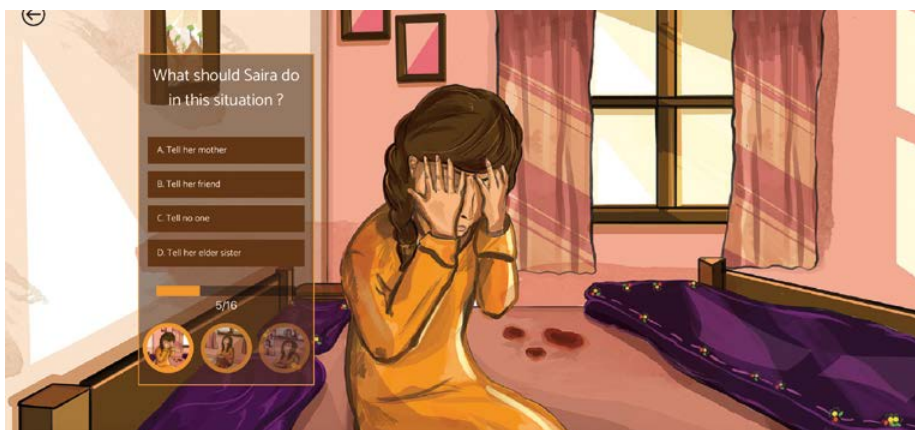
ist Beraterin mit dem Schwerpunkt

Entwicklungsmanagement.

Sie lebt in Nairobi und war

maßgeblich an der Gründung von #HelpSaira beteiligt.

mahwish.gul@gmail.com



In vielen Ländern braucht es eine bessere Sexualaufklärung: eine weitere Szene aus #HelpSaira. Screenshot <https://sairaneedshelp.web.app/>

EMANZIPATION

Langsamer Wandel von innen

In Bezug auf Geschlechtergleichstellung sieht es für Frauen in der arabischen Welt nicht gut aus. Es herrschen vielerorts immer noch Gesetze vor, die Frauen erheblich diskriminieren und die nicht im Einklang stehen mit den internationalen Verträgen, die diese Länder unterzeichnet haben.

Von Mona Naggar

Außer Somalia und Sudan haben alle arabischen Länder die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women – CEDAW) ratifiziert. Allerdings haben die meisten arabischen Staaten weder alle Arti-

kel ratifiziert noch in nationales Recht übernommen (UNESCWA 2018).

In der Tat bevorzugen die Gesetze ganz deutlich den Mann. Sie definieren in den meisten arabischen Ländern Männer als Oberhaupt der Familie. Erbschaftsgesetze bevorzugen die männlichen Familienmitglieder. Personenstandsgesetze, die oftmals noch von religiösen Regeln beherrscht werden, erschweren die Scheidung für Frauen und benachteiligen sie bei dem Sorgerecht für ihre Kinder. Frauen dürfen in den meisten arabischen Ländern ihre Nationalität nicht an ihre Kinder oder Ehemänner weitergeben. Sie haben beschränkten Zugang zu Geld. Rechtliche Hürden machen es Frauen schwer, gleich-

berechtigt am öffentlichen Leben teilzunehmen. In der Politik sind sie stark unterrepräsentiert.

Diskriminierende Gesetze spiegeln patriarchale Geschlechternormen wider, die in der Gesellschaft vorherrschend sind und in der Familie ihren Anfang nehmen. Es ist eine Verzahnung dieser beiden Ebenen – Gesetze und konservative Traditionen, die ein Geflecht von sichtbaren und unsichtbaren Regeln um die Frauen spannen, die ihr Leben stark beeinflussen und ihre Entscheidungsfreiheit einschränken.

Traditionen sind nirgends aufgeschrieben, sondern werden vorgelebt, und von den Familienmitgliedern wird erwartet, dass sie sie weitertragen. Ein ungeschriebenes Gesetz beispielsweise ist die Erwartung, dass Frauen in jungen Jahren heiraten und dass ihr größter gesellschaftlicher Beitrag darin liegt, als Mutter und Hausfrau für ihre Familie zu sorgen. Stets soll die Familie Priorität haben, auch wenn Frauen berufstätig sind.

Nach außen wird die Familie vom Vater repräsentiert. Er ist wirtschaftlich verantwortlich für sie, aber auch für ihren guten Ruf. Diese Stellung des Mannes rechtfertigt seine Autorität und die Kontrolle der weiblichen Familienmitglieder. Dass Männer bei sogenannten Ehrenmorden an weiblichen Familienmitgliedern in vielen arabischen Gerichten straffrei oder mit geringer Strafe davonkommen, hat mit diesen Traditionen zu tun.

POSITIVE IMPULSE

Angesichts dieser ernüchternden Realität, werden positive Familientraditionen, die Mädchen und Frauen stärken, und Veränderungen in Richtung Emanzipation leicht übersehen. Es gibt Traditionen, die weiblichen Familienmitgliedern Selbstbewusstsein und die Kraft, einen eigenen Weg einzuschlagen, stärken – patriarchalen Strukturen und diskriminierenden Gesetzen zum Trotz.

Sarah Rachid ist ein Beispiel. Sie ist Mitte 40. Die Libanesin kann sich gut daran erinnern, wie das Klima in ihrer Familie sie geprägt hat: „Mein Vater hat mir und meinen Geschwistern eingebläut, unseren Verstand einzusetzen und uns nie von Personen, die ein hohes gesellschaftliches Ansehen genießen, wie etwa religiöse Autoritäten, blenden zu lassen.“ Bildung und Unabhängigkeit sind Werte, die ihre Lebensplanung bestimmten.



Von Frauen in der arabischen Welt – hier im Libanon – wird verlangt, sich patriarchalen Traditionen zu unterwerfen.

Bereits ihre Großmutter genoss eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit und konnte eigenständig über ihr Geld bestimmen.

Stark unterstützend empfindet Sarah auch die weibliche Solidarität in der Familie – die Tradition, dass Mütter und Großmütter da sind für die jüngeren weiblichen Familienmitglieder in der Phase der Schwangerschaft, Geburt und bei der Betreuung der Kleinkinder.

Andererseits, ergänzt Sarah, wurde von den Frauen in ihrer Umgebung selbstverständlich erwartet, dass die Familie Priorität habe. Berufstätigkeit und Unabhängigkeit werden zwar akzeptiert und gefördert, aber nicht auf Kosten der Familie. Dass Männer im Haushalt eine aktive Rolle übernehmen, ist nicht vorgesehen. Männer, die trotzdem häusliche Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Kochen übernehmen, sprechen nicht öffentlich darüber.

Familientraditionen sind allerdings auch wandelbar. Unmerklich verändern sie sich mit wachsendem Bildungsstandard, Urbanisierung, positiven Rollenbeispielen und stetigem Kampf der Frauenbewegung. Rana Haddad ist ein Beispiel für eine Frau,

die trotz konservativer Frauenditionen mit Bildung und einem pragmatischen Umgang mit religiösen Regeln heute ein selbstbestimmtes Leben führt.

Die 40-Jährige ist in Beirut in einer religiösen Familie aufgewachsen. In jungen Jahren trug sie Kopftuch, heute nicht mehr. Sie hat Psychologie und Soziologie studiert und arbeitet für lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen im Libanon. Sie wohnt allein und ist wirtschaftlich unabhängig. Rana erklärt, dass es ihrer Mutter vor 40 Jahren noch verboten war, mit fremden Männern zu sprechen. Auch ihrer ältesten Schwester wurden von der Familie strenge Regeln auferlegt. Rana sagt von sich, dass sie zwar die Traditionen in ihrer Familie respektiere, aber für sich eine freie Nische geschaffen habe. Der Schlüssel zu dieser Nische war Bildung. Dadurch konnte sie sich immer mehr Freiräume erobern. Ihre emanzipierte Lebensart wird von ihrer Familie akzeptiert.

Doch sind frauenfeindliche Traditionen langlebig. Moderne Kommunikationstechnik kann helfen, über diese Traditionen öffentlich zu sprechen und für ihre Abschaffung einzutreten. Ein Beispiel sind die Vi-

deostücke, die eine junge palästinensische Journalistin aus dem Flüchtlingscamp Shatila in Beirut produziert. Sie werden auf der Plattform Campji.com veröffentlicht und erreichen tausende Menschen inner- und außerhalb der Lager.

In den Videos thematisiert Rayan Sukkar Gewalt gegen Mädchen und Frauen in den Familien. Die wortgewandte Journalistin mit Kopftuch spricht ohne Scham und Angst. Sie ist ein Vorbild für viele andere Mädchen und Frauen in ihrer Umgebung.

QUELLE

UNESCWA (UN Economic and Social Commission for Western Asia), 2018: Gender justice & equality before the law – Assessment of laws affecting gender equality in the Arab States region:

<https://archive.unescwa.org/publications/gender-justice-law-assessment-arab-states>



MONA NAGGAR
ist freie Journalistin aus Beirut.
mona.naggar@googlemail.com



Folgen Sie uns auf **Twitter!**

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.





Die Klimakrise verschärft die Wasserknappheit in der Sahelzone.

SAHELZONE

Mit Dynamik aus der Krise

Wenn die Länder der Sahelzone ihr rapides Bevölkerungswachstum in den Griff bekommen, haben sie die Chance, eine „demografische Dividende“ einzufahren. Dafür gilt es insbesondere, junge Frauen und Mädchen zu stärken.

Von Mabingué Ngom

Die Sahelzone, die sich entlang des südlichen Randes der Sahara zieht, hat den Ruf einer Krisenregion. Zu den größten Problemen zählen bewaffnete Konflikte und die sich klimabedingt verschärfende Wasserknappheit. Frauen und Mädchen sind den wachsenden ökologischen Bedrohungen in besonderem Maße ausgesetzt.

Seit 2015 hat sich der extreme militante Dschihadismus in der Sahelzone verdoppelt und viele Todesopfer gefordert. In einem aktuellen Bericht weist das UN-Büro für Westafrika und die Sahelzone (UN Office for West Africa and the Sahel – UNOWAS) darauf hin, dass in Burkina Faso, Mali und Niger 2019 mehr als 4000 Menschen durch Terrorismus ums Leben kamen. Drei Jahre zuvor lag die Zahl bei 770. Zu den extremis-

tischen Gruppen gehören Al Kaida im Maghreb (AQIM) und Boko Haram, aber auch separatistische Tuareg machen Probleme. Covid-19 hat die humanitäre Lage in der Sahelzone verschärft und zu einem Anstieg der Unruhen um etwa 10 Prozent seit 2020 beigetragen. Immer mehr Menschen fliehen aus ihrer Heimat. Die Zahl der Binnenvertriebenen und grenzüberschreitenden Flüchtlinge ist weiter gestiegen. Internationale Massenmedien stellen die Region als von vielen schweren Problemen geplagt dar. (Zur Lage in Nigeria siehe Ben Ezeamalu im Schwerpunkt unseres Digital Monthly 2021/12.)

GEFÄHRDETE FRAUEN UND MÄDCHEN

Die multidimensionale Krise droht die Fortschritte bei der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu untergraben. Studien zeigen, dass die sexuelle und reproduktive Gesundheit bei Konflikten, Naturkatastrophen und gesundheitlichen Notlagen häufig übersehen wird – mit schwerwiegenden Folgen. Schwangeren ohne Zugang zu Geburtshilfe

drohen lebensbedrohliche Komplikationen. Frauen und Mädchen verlieren oft den Zugang zu Angeboten der Familienplanung und sind dadurch ungewollten Schwangerschaften ausgesetzt. Das erhöht auch ihr Risiko, Opfer sexueller Gewalt und Ausbeutung zu werden oder sich mit HIV zu infizieren.

Besorgniserregend ist auch das Bevölkerungswachstum. Die Sahelzone hat die weltweit höchste Geburtenrate, derzeit schätzungsweise fünf bis sieben Kinder pro Frau. Zurzeit leben geschätzte 414 Millionen Menschen in der Sahelzone. Laut Weltbank werden es in den 23 Ländern der Sahelzone und Äquatorialafrikas bis 2050 eine Milliarde Menschen sein.

Der hohe Anteil junger Menschen an der Bevölkerung führt dazu, dass die Sahelzone mit etwa 87 Prozent den welthöchsten Abhängigkeitsquotienten aufweist – das heißt, relativ viele Personen im nicht erwerbsfähigen Alter stehen relativ wenigen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Das setzt die arbeitende Bevölkerung unter Druck. Da jedoch viele junge Menschen heranwachsen und anfangen zu arbeiten, könnte die Region künftig von einer „demografischen Dividende“ profitieren: wenn es wesentlich mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt als im nicht erwerbsfähigen Alter. Das wiederum kann zu Wachstum und Wohlstand beitragen.

Zwei Dinge sind dafür nötig:

- die junge Generation braucht eine gute Ausbildung und
- die Gesamtfertilitätsrate muss sinken.

STRATEGIE DES UNFPA

Um dies zu erreichen, setzt der UN-Bevölkerungsfonds (UN Population Fund – UNFPA) darauf, in die Jugend von heute zu investieren, damit aus ihr die produktiven Erwachsenen von morgen werden. Diesen Plan verkündete 2016 das UNFPA-Regionalbüro für West- und Zentralafrika gemeinsam mit der Afrikanischen Union (AU), die 55 afrikanische Staaten vertritt.

Der Fokus muss auf jungen Frauen und Mädchen liegen. Traditionell werden sie als zukünftige Mütter gesehen. Das muss sich ändern. Erfahrungen weltweit zeigen, dass Bildung und größerer Wohlstand dazu führen, dass Frauen weniger Kinder bekommen – auch weil sie darauf vertrauen, dass diese Kinder überleben werden.

Es gibt bereits mehrere Vorzeigeprojekte. Eines zielte schon 2017 in Dakar, Senegal, darauf ab, Frauen und Mädchen im Stadtbezirk Gueule Tapee-Fass-Colobane zu unterstützen – durch Investitionen in kommunale Dienstleistungen und Infrastruktur. Das Projekt klärt außerdem über sexuelle und reproduktive Gesundheit auf.

Ein weiteres Projekt heißt Sahel Women’s Empowerment and Demographic Dividend (SWEDD). Es hat ein regionales Zentrum für die Ausbildung von Hebammen eröffnet und ein Netz von Kliniken zur geburtshilflichen Notfallversorgung etabliert. Außerdem hat es mehrere Räume geschaffen, in denen Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt sicher sind.

Die Ergebnisse sind beeindruckend. Unter anderem ist das Bewusstsein für Geschlechterfragen gestiegen: 20 Millionen Zuschauer in sieben Hauptstädten in West- und Zentralafrika verfolgten die Erstausstrahlung von C’est la Vie („So ist das Leben“), einer im Senegal gedrehten Fernsehserie, die sich um Gesundheit in der Familie dreht. Zudem wurden mehr als 106 000 Mädchen dabei unterstützt, in der Schule zu bleiben

und nicht früh zu heiraten. Fast 100 000 Mädchen im Teenageralter nehmen an Kursen zur beruflichen Bildung und anderen wirtschaftlichen Angeboten teil.

In Zukunft sollten diese erfolgreichen Programme auf ganz Afrika ausgeweitet werden. Sie schaffen das richtige Umfeld, um die demografische Dividende einzufahren. Gerade die Sahelzone hat hier enormes Potenzial: Ihre Jugend ist ihr größtes Kapital. Ihre Positivbeispiele zeigen, dass die demografische Dividende tatsächlich zu Frieden, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung beitragen kann.



MABINGUÉ NGOM
 leitet das Vertretungsbüro des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) bei der Afrikanischen Union (AU) und der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UN Economic Commission for Africa – UNECA). Außerdem ist er ein Leitender Berater der Direktorin des UNFPA.
 Twitter: @mabinguengom1

FEHLENDE GLEICHBERECHTIGUNG

Wo Frauen arbeiten und Männer entscheiden

In Burundi haben sich die Frauen zwar ein Stück weit wirtschaftlich emanzipiert, doch alte Traditionen bremsen sie aus. Noch immer gelten Männer als die Entscheider – im Haushalt und anderswo.

Von Mireille Kanyange

Oberflächlich betrachtet, geht es für die Burundierinnen voran: Selbst in abgelegenen Dörfern gibt es Frauen, die ihr eigenes Geld verdienen, manche ziehen sogar ihr eigenes Geschäft auf. Viele schließen sich Wirtschaftskooperativen an, die sie unterstützen und ihnen auch zahlenmäßig Gewicht geben. Auch öffentliche Veranstaltungen wie der Internationale Frauentag helfen dabei,

dass sich Frauen von traditionellen Rollenbildern befreien.

Bei genauerer Betrachtung aber zeigt sich, dass Frauen in Burundi aufgrund der vorherrschenden Traditionen immer noch schlechter gestellt sind als Männer – besonders auf dem Land, wo die meisten Burundierinnen leben. Männer haben traditionell das Sagen in häuslichen Angelegenheiten. Viele profitieren davon, dass ihre Frauen arbeiten – lassen sie aber nicht mitentscheiden, wie ihr Geld ausgegeben wird.

Mariam Nahimana etwa ist eine 46-jährige Mutter von vier Kindern. Sie lebt in Buterere, außerhalb von Bujumbura, und arbeitet den ganzen Tag auf den Reisfeldern. Ihr Mann hat keinen festen Job, was

sie zur Hauptversorgerin der Familie macht. Aber sie klagt nicht. „Ich arbeite gern“, sagt Mariam. So sei sichergestellt, dass die Familie überhaupt ein Einkommen habe, ergänzt sie.

Adelaide ist schlechter dran. Sie hat fünf Kinder und lebt im Landesinneren, in Bukeye in der Provinz Muramvya. Sie beackert kleine Parzellen Land, manchmal mit einem Kind auf dem Rücken und zwei anderen neben ihr. Ihr Mann verbringt den ganzen Tag außer Haus, meist trinkt er. Oft kommt er betrunken nach Hause, und mitunter schlägt er dann Adelaide, etwa weil das Abendessen nicht fertig ist. Zur Erntezeit verkauft er den Reis – und behält das ganze Geld.

Das ist gelebtes Patriarchat und leider gerade für Dörfer recht typisch. Oft treffen dort Männer die Entscheidungen für die Familie. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) leben die meisten Burundierinnen auf kleinen Familienhöfen. Hauptsächlich sie sind es, die pflügen, aussäen, jäten und ernten. Außerdem kümmern sie sich um Konservierung, Verarbeitung, Transport und Vermarktung



Wasserholen ist eine der Aufgaben burundischer Bäuerinnen.

der Erzeugnisse. Die Männer hingegen arbeiten eher in Betrieben, die Industriepflanzen produzieren. Oder sie arbeiten gar nicht.

ZU WENIG TEILHABE

Frauen auf dem Land haben oft wenig Kontrolle über ihre Einkünfte, und traditionell auch weniger Rechte als Männer im Hinblick auf Erbe und Landbesitz. Ihre Situation wird zudem dadurch verschlechtert, dass sie kaum Zugang zu modernen landwirtschaftlichen Techniken haben.

Auch Kredite bekommen Frauen kaum, denn dafür braucht es meist ein Bankkonto, Sicherheiten und, wenn es um einen bäuerlichen Betrieb geht, erhebliche Eigeninvestitionen. Nur wenige Frauen erfüllen diese Kriterien. Manche nehmen informelle Kredite auf und zahlen Wucherzinsen.

Die schwache Position der Frauen hat Tradition. Ein burundisches Sprichwort sagt: „Wer keine gute Frau hat, ist nicht reich“. Das zeigt, wie stark die Kultur von Frauen fordert, ihre Männer zu unterstützen.

Die Studie eines internationalen Forscherteams hat diese kulturelle Voreingenommenheit empirisch bestätigt (Sikhu Okonya et al, 2019). Zum Thema Entscheidungsfindung im Haushalt von Bauernfamilien fragten die Wissenschaftler provokant: „Entscheiden Männer, während Frauen arbeiten?“

Weil eine massive Kluft zwischen den Geschlechtern sichtbar wurde, kommt die Studie zu dem Schluss, dass es eine praktisch anwendbare Strategie brauche, um Frauen stärker an Entscheidungen zu beteiligen – und mehr Mut, um bestehende Geschlechternormen anzupassen. Den Autoren zufolge treffen traditionell hauptsächlich Männer die Entscheidungen – sowohl im Haushalt als auch darüber hinaus.

Wie in den meisten Ländern gibt es in Burundi etwas mehr Frauen als Männer – laut Weltbank machen sie 50,4 Prozent der Bevölkerung aus. Dennoch zeigt der Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums 2021, dass ihre wirtschaftlichen Chancen 15 Prozent geringer sind als die von Männern – das ist leicht besser als der globale Durchschnitt. Allerdings sind Burundierinnen dreimal weniger politisch repräsentiert als Männer und liegen hier unter dem globalen Durchschnitt.

IM WANDEL BEGRIFFEN

Ein Bericht des UN-Entwicklungsprogramms (United Nations Development Programme – UNDP) von 2012 zur Gleichstellung in der öffentlichen Verwaltung in Burundi zeigte, dass Einstellungs- und Beförderungsverfahren nicht streng jenen Gesetzen und Vorschriften entsprechen, die auf einen stärkeren Frauenanteil abzielen. Laut dem Bericht mangelt es an Daten zur Betei-

ligung von Frauen an der Verwaltung. Ihr schlechterer Zugang zu Bildung führe dazu, dass es zu wenige qualifizierte Frauen gebe, die in die öffentliche Verwaltung eintreten und dort aufsteigen könnten, so der Report.

Manches ändert sich inzwischen. Im Februar 2021 wurde eine Investitions- und Entwicklungsbank für Frauen gegründet, die ihnen dabei helfen soll, landwirtschaftliche Betriebe auf- und auszubauen. Im Juni 2021 gab die Weltbank Burundi 80 Millionen US-Dollar zur Förderung der Beschäftigung von Frauen und jungen Menschen. Etwa 120 000 Menschen profitierten davon, darunter 16 000 Rückkehrer aus dem Ausland.

Auch Gesetze sollen die Beschäftigung von Frauen voranbringen. Gemäß Verfassung muss die burundische Regierung zu mindestens 30 Prozent aus Frauen bestehen. Die Nationalversammlung – das Unterhaus des Parlaments – verlangt sogar, Regierungsbehörden zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.

Zudem wenden sich Frauenorganisationen gegen frauenfeindliche Traditionen wie etwa die Praxis, Töchter nicht zur Schule zu schicken. Der burundische Verband der Ingenieurinnen ermutigt Mädchen dazu, technische oder wissenschaftliche Fächer zu studieren. Und der burundische Juristinnenverband setzt sich für ein gleiches Recht auf Landbesitz ein. Auch andere Gruppen ermächtigen Burundierinnen dazu, sich zu organisieren, um auch zahlenmäßig stärker zu werden.

All diese Ansätze rütteln an alten Traditionen und Einstellungen. Sie sind, immerhin, ein guter Anfang.

LINKS

Sikhu Okonya, J., et al., 2019: *The role of women in production and management of RTB (root, tuber, banana) crops in Rwanda and Burundi: do men decide, and women work?* <https://www.researchgate.net/publication/335084368>

UNDP, 2012: *Gender equality and women's empowerment in public administration: Burundi case study.* <https://www.undp.org/sites/g/files/zskgke326/files/publications/BurundiFinal%20-%20HiRes.pdf>



MIREILLE KANYANGE
arbeitet als Journalistin für
Radio Isanganiro in Burundi.

mika.kanyange@gmail.com

GENDER-AGENDA

Mangelnde Frauenförderung

Afrikanische Frauen fordern mehr Gleichberechtigung und Führungsrollen im politischen und öffentlichen Leben. Dem gegenüber stehen nach wie vor tief verwurzelte patriarchale Strukturen und systembedingte Diskriminierung. Zudem liegt der größte Teil des Eigentums und der finanziellen Macht immer noch in den Händen von Männern. Frauenförderung in Politik und Gesetzgebung ist nötig.

Von Alphonce Shiundu

In vielen Ländern des Kontinents sind die Führungspositionen in Politik und Wirtschaft von Männern besetzt. Dies hat zualtererst soziokulturelle Gründe. Einige Kulturen sehen Männer automatisch in den Führungspositionen. Auch der Glaube, der von Frauen verlangt, sich ihren Männern

„unterzuordnen“, spielt eine Rolle. Dies untergräbt das Selbstvertrauen und die Wertschätzung von Frauen.

Wer eine Führungsposition anstrebt, braucht Ressourcen wie Geld und Kontakte. Ehrgeizige Frauen benötigen obendrein oft die Erlaubnis ihrer Ehemänner und der männlichen Ältesten ihrer Gemeinschaft. Andernfalls werden sie denunziert und geächtet. So trennte sich beispielsweise ein bekannter polygamer Gewerkschafter in Kenia von seiner Frau, nachdem sie gegen seinen Willen für einen Parlamentssitz in Kenia kandidiert hatte. Obwohl die Frau den Sitz nicht gewann, war der Ehemann nachtragend. Er weigerte sich, das Schulgeld für die Kinder der Frau zu bezahlen.

Wie wichtig anscheinend männliche Unterstützung ist, zeigt sich auch an einem Beispiel aus dem Schulwesen in Südafrika.

Dort machen weibliche Lehrkräfte fast drei Viertel der Lehrerschaft aus, aber nur etwas mehr als ein Drittel der Führungspositionen in der Schulleitung besetzen Frauen. Nuran Davids von der Universität Stellenbosch forscht zu dem Thema. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Schulleiterinnen zwar kompetent sind, aber „alle behaupten, dass sie ohne die Empfehlung ihrer männlichen Vorgänger nicht für ihre Positionen in Betracht gezogen worden wären“.

FEHLENDE GESETZE

In manchen afrikanischen Ländern gibt es Gesetze zur Förderung von Frauen, um die Zahl der Frauen in Parlamenten und Regierungspositionen zu erhöhen. Diese werden aber häufig nicht wirklich umgesetzt, sondern die Sitze werden nur symbolisch an Freundinnen oder Geliebte männlicher Parteichefs oder hoher Regierungsbeamter vergeben.

Die kenianische Verfassung verbietet es eigentlich, dass ein Geschlecht mehr als zwei Drittel der Posten einer öffentlichen Einrichtung einnimmt. Die meisten Institutionen, einschließlich des Parlaments, verstoßen jedoch dagegen und tun dies auch weiterhin ohne Konsequenzen. In Kenia sind Gesetzgebungsverfahren langwierig und kleinteilig. Das erschwert die Frauenförderung. Allerdings mangelt es auf nationaler und subnationaler Ebene auch am nötigen politischen Willen.

Trotz jahrelanger Bemühungen um die Stärkung der Rolle der Frau hat es Ruanda als einziges afrikanisches Land geschafft, dass dem Kabinett mehr als 50 Prozent Ministerinnen angehören und über 60 Prozent der Abgeordneten weiblich sind. Auch wenn Ruanda unter der autoritären Herrschaft von Präsident Paul Kagame steht, der die meisten Entscheidungen trifft, ist die Tatsache, dass Frauen beteiligt sind und Spitzenpositionen in der Regierung bekleiden, ein starkes soziokulturelles Signal.

UNGLEICHES RECHT

Die fehlende Geschlechtergleichstellung zeigt sich auch in rechtlichen Angelegenheiten. In armen Gemeinschaften sind Traditionen tendenziell wichtiger als formale Gesetze. In Dörfern gilt das besonders. Geistliche und Ältestenräte entscheiden über Streitfälle. Trotz Verboten gibt es vielfach noch Kinderehen und Brautpreise,



Außenministerin Raychelle Omamo ist eine der wenigen einflussreichen Politikerinnen Kenias.

was Heranwachsende in gewissem Maße zu Handelsware macht.

Selbst wenn sie das Recht auf ihrer Seite haben, können nur sehr wenige afrikanische Frauen aufgrund der Unterschiede bei Einkommen und Bildungsniveau vor Gericht ziehen (über die Bedeutung von Bildung und Beschäftigung für Gleichstellung siehe Sundus Saleemi auf S. 18 in dieser Ausgabe). Land und Vermögenswerte gehörten typischerweise Männern. Laut Weltbank würde vor allem Grundbesitz dazu beitragen, weibliches Selbstbewusstsein zu stärken.

Sozialer Druck macht es Frauen obendrein schwer, gegen streitlustige und gewalttätige Ex-Partner vor Gericht zu ziehen. Weltweit finden Vergewaltigungsopfer nur wenig Beachtung und werden oft ignoriert. Schlimmer noch: ihr Trauma wird manchmal systematisch heruntergespielt, indem manche Leute – oft Männer – den Frauen die Schuld an der Tat geben. Wenn eine Frau nachts in einem Nachtclub oder in einem Hotel vergewaltigt wird, stellt die Gesellschaft unter anderem die obskure

Frage: „Was hat sie zu dieser späten Stunde außerhalb des Hauses gemacht?“ Es ist, als ob Übergriffe auf Frauen nach Feierabend erlaubt seien.

In einigen Gemeinschaften wird traditionell die Vergewaltigung von Frauen und Kindern dadurch gelöst, dass der Vergewaltiger gezwungen wird, das Opfer zu heiraten. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist, akzeptiert die Familie eine Zahlung des Vergewaltigers als Wiedergutmachung.

Erfolgsmeldungen gibt es indessen auch, etwa wenn ein kenianischer Parlamentsabgeordneter ins Gefängnis muss, weil er eine Kollegin geschlagen hat, oder wenn Investoren Unternehmern wegen eines Vergewaltigungsskandals kein Kapital mehr zur Verfügung stellen. Manche Länder sehen hohe Haftstrafen für sexualisierte Gewalt oder Kinderbelästigung vor.

Andererseits werden weibliche Teenager für sexuelle Abenteuer oft bestraft. Der ehemalige tansanische Präsident John Pombe Magufuli verbot schwangeren Schülerinnen, weiter zu Schule zu gehen. Die Jungen, die die Mädchen geschwängert

hatten, konnten ihre Ausbildung fortsetzen. Grundsätzlich gilt: Frauengesundheit und Sexuaufklärung kommen in der Bildung zu kurz (siehe hierzu auch Mahwish Gul auf S. 20 in dieser Ausgabe).

Wichtig wäre, die Narrative in den sozialen und Mainstream-Medien zu verändern (siehe Kasten). Sporadische Aufmerksamkeit wie sie die #MeToo-Bewegung hervorgebracht hat, reicht nicht. Die Stimmen und der Status von Frauen in der täglichen Berichterstattung muss gestärkt werden.

Experten sagen, es bedürfte mehrerer Maßnahmen, um Frauen in Afrika zu fördern und in Führungspositionen zu bringen. Nötig sind bessere Bildungschancen und das Bewusstsein dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit gut für das Wohlergehen der Gesellschaft sind.



ALPHONCE SHIUNDU
ist ein kenianischer Journalist,
Redakteur und
Faktenchecker.
Twitter: @Shiundu

Frauen in den Medien

Christina Chan-Meetoo hat das Frauenbild in den Medien in Mauritius untersucht. Es war sehr aufschlussreich, dass über 70 Prozent der Nachrichtenquellen und Experten, die zitiert wurden, Männer waren. Frauen spielten eher Nebenrollen.

Chan-Meetoo stellte auch fest, dass die in der Presse abgebildeten Personen meist männlich waren. Während weibliche Journalisten eher auf weibliche Quellen zurückgreifen, zitieren männliche Journalisten vor allem Männer. Es gibt keine einzige Frau an der Spitze eines Medienunternehmens.

Die Rolle der Medien sieht die Expertin so: „Ich denke, dass sie der Gender-Agenda sowohl entgegenstehen als sie auch unterstützen. Es frus-

triert Frauen, wenn Medien Geschichten über Frauen und LGBTQ+-Gruppen (insbesondere Kriminalitäts- und Vergewaltigungsgeschichten) sensationell aufbereiten oder diesen Stimmen wenig bis gar keinen Raum als Experten zu ‚ernsten‘ Themen geben“, sagte sie.

Medien können nach Ansicht von Chan-Meetoo der Emanzipation helfen, wenn sie das Bewusstsein für geschlechtsspezifische Fragen schärfen oder gelegentlich Erfolgsgeschichten von Frauen (etwa als Unternehmerinnen, Führungspersonlichkeiten, Forscherinnen) präsentieren. Leider geschehe dies oft dennoch mit einer Prise subtilen Sexismus, der sich oft in Bil-

dern oder Anspielungen auf das Familienleben ausdrückt.

Themen, die laut Chan-Meetoo in den Medien mehr Beachtung finden sollten, sind die Schaffung eines sichereren Umfelds im öffentlichen Raum für Frauen, sei es auf den Straßen, in Büros oder im Internet (siehe Haupttext). Dazu gehöre es auch, dass sich die Männer aktiver daran beteiligen, Belästigung und Voreingenommenheit gegenüber Frauen anzuprangern. „Bislang werden diese Themen oft als reine Frauenthemen betrachtet“, bedauert sie.

Neben den Medien müsste auch im Bildungsbereich angesetzt werden, meint Chan-Meetoo. Bildung muss darauf abzielen, „das Bewusstsein zu schärfen und eine Kultur der Gleichberechtigung“ im Leben der Kinder zu verankern. In der Schule bedeutet dies zum Bei-

spiel, dass Mädchen und Jungen bei der Wahl der Fächer (zum Beispiel Naturwissenschaften oder Hauswirtschaft) und der Berufsorientierung gleich behandelt werden. Zu Hause bedeutet dies zum Beispiel, dass es keine Diskriminierung bei der Aufteilung der Hausarbeit gibt. So sollten Jungen und Mädchen lernen, wie man kocht, wäscht, bügelt, Dinge repariert oder baut, sagte sie. AS

QUELLE

Chan-Meetoo, C., 2021:
Editorship, agency and content through the gender lens: an analysis of gender balance in the news industry and its output in Mauritius. In: Tandranyen-Ragoobur, V., Hg.: **The gender divides of the Mauritian society: Re-appropriating the empowerment and citizenship discourse.** Port Louis, Éditions Le Printemps.



Demonstrantin am 25. November in Santo Domingo.

GESETZGEBUNG

Bedrohliche Strafrechtsreform

Der 25. November ist der internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. In der Dominikanischen Republik wurde er mit Demonstrationen in der Hauptstadt Santo Domingo „gefeiert“. Es ging um eine umstrittene Reform des Strafrechts, die Frauen größeren Risiken als bisher aussetzen würde.

Von Marjorie Pons Piñeyro

Die Protestierenden empörten sich über Gesetzesklauseln, welche der Senat kurz zuvor verabschiedet hatte. Mittlerweile hat das Repräsentantenhaus einige Änderungen beschlossen, und nun muss der Senat entweder die Reform komplett verwerfen oder die aktuellen Formulierungen akzeptieren. Denen, die für Frauenrechte kämpfen, missfallen diverse Punkte seit Anbeginn, ihre Kritik richtet sich aber besonders auf die Themen sexualisierte Gewalt und Abtreibung.

Paragraph 133 und 134 des neuen Strafgesetzbuchs behandeln Vergewaltigung und sexuelle Handlungen ohne Zustimmung. Das Strafmaß für Letztere soll von zehn bis 20 Jahren Haft auf vier bis zehn Jahre reduziert werden. Bislang war das Strafmaß beider Paragraphen gleich.

Für diese Reform werden widerliche Argumente vorgebracht. Eugenio Cedeño, der Abgeordnete der Stadt La Romana, sagte zum Beispiel in einer Pressekonferenz, ein Ehemann könne nicht mit 20 Jahren Gefängnis dafür bestraft werden, dass er gegen den Willen seiner Frau ein Kondom abgezogen habe. „Der Ehevertrag schließt Zustimmung zu sexuellen Handlungen von vornherein ein“, sagte er. Wer eine förmliche Beziehung zu einer Frau habe, könne nicht wie irgend eine „dritte Partei“ bestraft werden.

Aus feministischer Sicht ist die Unterscheidung von Vergewaltigung aber wenig sinnvoll. Auf Sex ohne Kondom zu bestehen ist eine Form der Machtausübung. Nur die Frau ist dem Risiko ausgesetzt, ungewollt schwanger zu werden.

Ohnehin beachten konservative Politiker kaum, dass sexueller Missbrauch vor allem in Beziehungen vorkommt. Laut dem UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA – UN Population Fund) erlebt eine von zehn Frauen in der Dominikanischen Republik im Lauf ihres Lebens sexualisierte Gewalt, und in 80 Prozent der Fälle ist der Täter ihr Partner oder ein früherer Partner. Die Vorstellung, Vergewaltiger seien Fremde, führt in die Irre.

Die tatsächlichen Zahlen sind obendrein vermutlich höher. Schätzungen von UN Women besagen, dass weltweit eine von drei Frauen im Lauf ihres Lebens sexualisierte oder häusliche Gewalt erlebt. Die Dunkelziffer dürfte in der Dominikanischen Republik entsprechend groß sein.

ABTREIBUNG

Schwangerschaftsabbrüche sind in der Dominikanischen Republik seit je verboten. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern aber seit einigen Monaten das Recht auf therapeutische Abtreibung, wenn:

- das Leben der Mutter in Gefahr ist,
- der Fötus wegen Missbildung nicht lebensfähig ist oder
- die Schwangerschaft die Konsequenz einer Vergewaltigung ist.

Die vorliegende Strafrechtsnovelle geht darauf nicht ein. Diejenigen, die Abtreibung ablehnen, betonen gern, es gehe um Lebensschutz, denn Schwangerschaftsabbrüche seien Morde. So einfach ist es aber nicht.

Das zeigte zum Beispiel das prominente Beispiel von „Esperancita“. Sie war 16, als Ärzte 2012 zugleich Leukämie diagnostizierten und die siebte Schwangerschaftswoche feststellten. Eine Abtreibung hätte Chemotherapie ermöglicht, aber wegen des Verbots taten die Ärzte nichts. Ihr Blutkrebs blieb unbehandelt. Weder sie selbst noch das ungeborene Baby überlebten. Frauenrechtsorganisationen weisen zudem darauf hin, dass unzählige Frauen bei illegalen Abtreibungen sterben (siehe hierzu auch Virginia Caballero und María Lía Ghezzi auf der nächsten Seite in dieser Ausgabe).

Das bisherige Strafrecht schützt das Recht von Frauen auf Selbstbestimmung nicht ausreichend, und die Reform wird die Lage verschlechtern. Dominikanische Frauen wissen, dass der Senat diese voraussichtlich annehmen wird, hoffen aber, dass er anders entscheidet. Sie wollen vom Gesetz geschützt werden.



MARJORIE PONS PIÑEYRO studiert an der Bauhaus-Universität Weimar. Ihr Master-Studiengang gehört zur Arbeitsgemeinschaft

entwicklungsbezogener Postgraduierten-Programme (AGEP).

marjorieponspi@gmail.com



Frauenrechtsaktivistinnen feiern am 30. Dezember 2020 in Buenos Aires die Verabschiedung des neuen Gesetzes.

REPRODUKTIVE GESUNDHEIT

Abtreibung legalisieren

Gegen alle Widerstände verabschiedete Argentinien Ende 2020 ein wegweisendes Abtreibungsgesetz. Voran ging ein komplexer Prozess, begleitet von politischen Manövern, massiven Protesten und dem Bemühen, von einer schwächelnden Wirtschaft abzulenken.

Von Virginia Caballero und María Lía Ghezzi

Seit Januar 2021 gilt in Argentinien ein neues, wegweisendes Abtreibungsgesetz. Das Gesetz mit der Nummer 27.610 ermöglicht Frauen den Zugang zu Abtreibungen und medizinischer Versorgung bis einschließlich zur 14. Schwangerschaftswoche – und innerhalb von zehn Tagen nach Beantragung.

Das macht Argentinien in dieser Hinsicht zum Vorreiter unter den großen Ländern Lateinamerikas. Mexiko folgte wenig später: Am 7. September 2021 verbot Mexikos Oberster Gerichtshof alle Strafmaßnahmen gegen Abtreibung – eine klare Aufforderung an die mexikanischen Bundesstaaten, das Recht auf Abtreibung zu unterstützen.

Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen ist enorm wichtig. Illegale Abtreibungen sind gefährlich, bisweilen sogar tödlich. Allerdings sind verzweifelte Frauen auf sie angewiesen, deshalb sind sie Usus in Ländern, die Frauen legale Abtreibungen verweigern. Ein solches Verbot bedeutet auch, dass Frauen ungewollt Babys gebären und kein Geld haben, um sie aufzuziehen. Solche Familien bleiben gefangen in Armut. In Gesellschaften, die keine Abtreibungen zulassen, ist außerdem oft auch der Zugang zu Verhütungsmitteln und Sexualaufklärung erschwert (siehe Renate Bähr in der Digitalen Monatsausgabe 2017/08 von E+Z/D+C). Hinzu kommt, dass Männer – die bekanntlich nicht schwanger werden – Frauen zu ungeschütztem Sex drängen oder sogar zwingen. Wird eine unverheiratete Frau schwanger, kann sie das ihren Ruf kosten – ihren Partner nicht.

Kleinere lateinamerikanische Länder haben ihre Abtreibungsgesetze längst liberalisiert. Kuba erlaubt Abtreibung seit 1965, Guyana seit 1995, Uruguay seit 2012. Dass

nun größere Länder wie Argentinien und Mexiko nachziehen, bedeutet für das erzkatholische und sozialkonservative Lateinamerika eine Wende. In Argentinien war der Durchbruch bei den Abtreibungsrechten hart erkämpft. Er resultierte aus dem Zusammenspiel einzigartiger politischer, sozialer und ökonomischer Umstände.

HOHE HÜRDEN

In der politischen Struktur Argentiniens hat der Präsident viel Macht. Ohne seine Unterstützung kommt ein Gesetzesentwurf nicht voran. Die kleinen und konservativen Provinzen sind im Senat überrepräsentiert, auch die Gouverneure der Bundesstaaten sind sehr einflussreich.

Da konservative Kräfte in Argentinien großen Einfluss haben, dauerte es lange, bis eine Legalisierung der Abtreibungsgesetze überhaupt denkbar wurde. Frauenrechtsinitiativen zielten bis dahin auf andere Themen ab. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts führte Argentinien ein öffentliches Gesundheitsprogramm für Frauen und Mädchen ein. Auch der Zugang zu Verhütungsmitteln wurde besser. Zwischen 2003 und 2007 verabschiedete der Gesetzgeber ein allgemeines Kindergeld, und sexuelle Vielfalt wurde politisch stärker anerkannt.

Abtreibung zu legalisieren blieb aber ein Tabu. In Argentinien war sie nur erlaubt nach einer Vergewaltigung oder wenn die Gesundheit der Mutter gefährdet war – das war Gesetz seit 1921. Die meisten Provinzen setzten es jedoch nicht um. Prominente Fälle von Frauen, die wegen einer Abtreibung strafrechtlich verfolgt wurden, machten alles nur schlimmer. Gesundheitsdienstleister legten Abtreibungen bewusst Steine in den Weg.

2003 begann eine Koalition feministischer Gruppen, mehr Rechte einzufordern. Daraufhin wurden zwischen 2007 und 2014 mehrere Gesetzesentwürfe zur Legalisierung von Abtreibung im Kongress eingebracht, die aber alle scheiterten. Umfassende Abtreibungsrechte wurden verweigert, ebenso Reformen wie die Gleichstellung der Ehe für diverse Paare.

Aber es gab immer wieder Hoffnung. 2012 entschied der Oberste Gerichtshof im Falle einer Jugendlichen, die vergewaltigt worden war, dass manche Abtreibungen erlaubt sind. Demnach kann beim gericht-

lichen Entscheid darüber, ob eine Abtreibung zulässig ist, die psychische Gesundheit einer Frau berücksichtigt werden. Dass ein solches Urteil notwendig war, zeigt, wie groß der Widerstand der Gesundheitsbeamten in den Provinzen war.

Trotz dieses Urteils und einer wachsenden feministischen Bewegung war die damalige Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner (2007–2015) zunächst dagegen, Abtreibung zu erlauben – wie mindestens die Hälfte des regierenden Blocks im Unterhaus des Kongresses. Dass das Staatsoberhaupt die Reform ablehnte, war ein unüberwindbares Hindernis.

Nach drei Amtszeiten in Folge verlor 2015 die peronistische Mitte-links-Partei „Front for Victory“ die Wahlen. Präsident wurde Mauricio Macri (2015–2019), Vorsitzender einer Mitte-rechts-Koalition mit konservativen Tendenzen. Die neue Regierung zerschlug alle Hoffnungen auf eine kurzfristige Legalisierung der Abtreibung.

Auf den Straßen jedoch sah es ganz anders aus. Im Juni 2016 begann eine Welle von Demonstrationen gegen Gewalt gegen Frauen. Unter dem Motto „Ni Una Menos“ („Nicht eine [Frau] weniger“) gewann die Bewegung gegen Femizide an Boden. Indem sie Frauen einbezog, die durch illegale Abtreibung sterben, setzte sich auch für die Legalisierung von Abtreibungen ein. Auf den riesigen Kundgebungen trugen die Demonstrierenden große grüne Tücher.

POLITISCH WILLKOMMENE ABLENKUNG

Auch das Schwächeln der argentinischen Wirtschaft brachte das Thema Abtreibungsrechte wieder auf die Agenda. Anfang 2018 geriet die Inflation außer Kontrolle, die Wirtschaft lag brach. In dieser Situation überraschte Präsident Macri am 1. März in seiner Antrittsrede die Gesetzgeber: Er erlaubte es dem Kongress, sich mit Abtreibung zu befassen.

Viele Beobachter hielten das für den Versuch, von der ökonomischen Misere des Landes abzulenken. Die Wirtschaft brach ein, das Kapital verließ das Land. In diesem Jahr gewährte der Internationale Währungsfonds (IWF) Argentinien den größten Kredit seiner Geschichte.

Der Kongress nahm die Debatte über die Zulassung von Abtreibungen auf. Auch in den Medien und sozialen Netzwerken wurde das Thema sehr hitzig diskutiert, in-



klusive Hetzkampagnen und grauenhaften Bildern von fiktiven Abtreibungen.

Die untere Kammer des Kongresses billigte schließlich das Abtreibungsgesetz, doch der Senat lehnte es ab. Es zeigte sich der enorme Einfluss der katholischen Kirche und von Senatoren aus kleinen Bundesstaaten. Ähnlich wie in anderen Ländern unterstellten Abtreibungsgegner, dass eine Reform Frauen zu unverantwortlichem Handeln verleite. Dafür, dass Frauen Verhütungsmittel erhalten oder ihre Armut überwinden, hat diese Gruppe allerdings wenig getan. Das zeigt, dass es ihr nicht hauptsächlich um das ungeborene Leben geht – sondern eher darum, Frauen zu kontrollieren.

Die beiden führenden Parteien waren in der Frage gespalten. Die peronistischen Gouverneure der Bundesstaaten lehnten das Gesetz ab, und auch die peronistischen Abgeordneten stimmten mit überwältigender Mehrheit dagegen. Mehr Zustimmung kam aus den Provinzen im Süden und der Provinz Buenos Aires, wo der Anteil an Städtlern und Wählern aus der Mittelschicht höher ist. Aber auch hier war die Unterstützung nicht einhellig.

Das Blatt wendete sich, als sich die prominenteste Vertreterin des progressiven Peronismus für das Recht auf Abtreibung aussprach. Die ehemalige Präsidentin Kirchner, nun Senatorin, änderte ihre Haltung und befürwortete die Reform auf Drängen ihrer Wählerbasis – besonders der städtischen Mittelschicht – und als Reaktion auf die Demonstrationen.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2019 konnten die Wähler klar entscheiden. Auf der einen Seite stand das Bündnis „Frente de Todos“ mit Kirchner und dem Präsidentschaftskandidaten Alberto Fernández, Rechtsanwalt und Ex-Kabinettschef. Sie

einten die peronistische Partei und versprachen eine Reform des Abtreibungsrechts. Auf der anderen Seite befand sich die konservative Regierungspartei unter Macris Führung. Sie schnitt bei den Vorwahlen schlecht ab, woraufhin Macri weiter nach rechts rückte und seine Unterstützung für die Änderung des Abtreibungsrechts zurückzog.

„Frente de Todos“ dagegen verabschiedete eine feministische Agenda, die auch die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt für Frauen vorsah. Kurz nach ihrem Wahlsieg legte die neue Regierung dem Kongress ein Abtreibungsgesetz vor, das dieser im Dezember 2020 verabschiedete.

SOZIALER WANDEL

Die Änderung der Abtreibungspolitik auf Regierungsebene spiegelte einen spürbaren Stimmungswandel in der Bevölkerung wider. Laut dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos ist der Anteil der Argentinier, die das Recht auf Abtreibung unter bestimmten Bedingungen befürworten, zwischen 2014 und 2020 von 64 auf 75 Prozent gestiegen. Das Recht der Frau, unter allen Umständen abtreiben zu dürfen, befürworten derzeit etwa 35 Prozent der argentinischen Wähler.

All diese Faktoren – Wirtschaftskrise, Demonstrationen und politische Manöver – trugen zur Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes bei. Es mag auch dazu gedient haben, abzulenken: zunächst von der Wirtschaft, dann – unter dem neuen Präsidenten Alberto Fernández – von der Corona-Pandemie.

Im Ergebnis haben argentinische Frauen aber endlich das Recht auf volle reproduktive Selbstbestimmung – ein absoluter Wandel. Dieses historische Ereignis gibt den Frauenrechten in ganz Lateinamerika neuen Schwung.



VIRGINIA CABALLERO
ist Politische Analystin und
feministisch orientierte
Politikwissenschaftlerin.
caballerovirginia@gmail.com



MARÍA LÍA GHEZZI
ist Politische Analystin und
feministisch orientierte
Politikwissenschaftlerin.
liaghezzi30@gmail.com

BEHINDERUNG

Frauen stark machen und Denkweisen ändern

Das Thema Gewalt gegen Frauen rückt ins Bewusstsein der Gesellschaften. Dennoch wird es vor allem in Entwicklungsländern noch immer tabuisiert und verschwiegen. Besonders gravierend ist das Problem bei behinderten Frauen – sie haben wegen ihrer vermeintlichen Hilflosigkeit laut Expert/innen ein drei Mal so hohes Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, wie nichtbehinderte Frauen. Behindertenorganisationen und Politik suchen nach Wegen, um das Problem anzugehen und Lösungen zu finden.

Von Sabine Balk

Laure Tay ist Landesdirektorin der zivilgesellschaftlichen Organisation Christoffel-Blindenmission (CBM) in Togo, Benin und der Elfenbeinküste. Sie kennt die Situation von behinderten Frauen in den Ländern, für die sie zuständig ist, gut. Besonders problematisch ist die Verbindung zwischen Armut und Behinderung: Behinderung ist oft Ursache, aber auch Folge von Armut.

Die Betroffenen hätten mit vielen Formen von Gewalt zu kämpfen, berichtet Tay. „Es gibt mittelbare und unmittelbare Gewalt, physische und psychische Gewalt durch die Menschen in der Umgebung, zum Beispiel durch Pflegende. Dass wirtschaftliches Einkommen und ein selbstständiges Leben häufig für sie nicht möglich sind, gehört aber auch dazu.“ Das gebe es in vielen Ländern – auch in reichen Industrieländern –, im afrikanischen Raum kämen aber noch soziokulturelle Barrieren hinzu: Behinderung werde oft als Fluch oder Hexerei angesehen.

Auch deshalb erleben behinderte Frauen oft Stigmatisierung und Ausgrenzung, und zwar in vielen Bereichen wie in Bildung, in der Gesundheitsvorsorge, im Familienumfeld oder im Arbeitsleben. CBM möchte genau dort mit einem „mensenrechtsbasierten Ansatz“ helfen, so die Landesdirektorin: „Uns geht es vor allem darum, die Frauen stark zu machen und zu

ermächtigen, ihre Situation zu verändern. Sie müssen sich ihrer Rechte bewusst werden und sie einfordern.“ Nur so ändere sich auf Dauer die Denkweise der Gesellschaft.

CBM hat erreicht, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Projekt in Togo unterstützt, das eine von Gewalt und Behinderung betroffene Frau ins Leben ge-



Die CBM-Ausstellung „Silent Tears“ verleiht Frauen mit Behinderung eine Stimme: Jacky aus Guatemala „tanzt“ im Rollstuhl.

rufen hat. Sie hat mit einigen Frauen aus ihrem Dorf begonnen, sich eine wirtschaftliche Basis aufzubauen und Kleinigkeiten wie Seifen, Salben oder Taschen selbst herzustellen. Mittlerweile seien daran rund 1000 Frauen beteiligt und könnten durch die Einnahmen ihre Kinder zur Schule schicken und ihr Leben bestreiten. Es sei gelungen, das Selbstbewusstsein der Frauen zu stärken und die Vorurteile der Umgebung zu verändern, resümierte sie bei einer Online-Fachtagung, die von CBM und dem Beauftragten der Bundesregierung für die

Belange von Menschen mit Behinderungen organisiert worden war.

ÄHNLICHE PROBLEME WELTWEIT

Mit ähnlichen Problemen wie die Frauen in Westafrika kämpfen auch behinderte Frauen in anderen Teilen der Welt, erklärt die Vorsitzende des Nationalen Forums für Frauen mit Behinderungen in Pakistan Abia Akram. Sie betont, dass die Coronakrise die Situation verschärft habe, vor allem zu häuslicher Gewalt sei es noch häufiger gekommen. Sie bedauert, dass die Frauen oft nicht wüssten, wo es Hilfsangebote gebe. Ihre Organisation habe in der Coronakrise begonnen, behinderte Frauen mit besserer Technik auszustatten, so dass sie Zugang zu Informationen im Internet bekommen und digitale Angebote wahrnehmen können.

Akram plädiert dafür, dass es einen echten gesellschaftlichen Wandel geben müsse und behinderte Frauen eine wirkliche Beteiligung in Gesellschaft und Politik bekommen sollten. Auch die Politik muss ihrer Meinung nach ihre Hausaufgaben machen. Es gebe zwar entsprechende Gesetze, die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Behinderten garantierten, diese müssten aber auch umgesetzt werden.

Die GIZ ist sich laut Vorstandsmitglied Ingrid-Gabriela Hoven darüber bewusst, dass behinderte Frauen eine erhöhte Gefahr von Gewalterfahrung hätten. Deshalb hat sich die GIZ zum Ziel gesetzt, dieses Wissen in alle Programme zu integrieren und zu beachten, sagt sie. Um eigene Mitarbeiter zu sensibilisieren, schult die Organisation diese in Fortbildungen und hat Richtlinien erlassen, wie die Aspekte Gendersensibilität und Inklusion eingearbeitet werden können. Wie viele Experten beklagt Hoven, dass es sehr schwer sei, Daten zu erheben, da Behinderung oft nicht erfasst wird.

LINK

CBM-Fotoausstellung Silent Tears – Starke Frauen:

<https://www.cbm.de/unsere-politische-arbeit/silent-tears.html>



SABINE BALK
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

Rückschläge und Erfolge

2020 war kein gutes Jahr für Frauen, denn sie hatten mehr als Männer unter der Coronakrise zu leiden, und es gab viele Rückschläge in Bezug auf Geschlechtergleichstellung. Dennoch gibt es auch Positives zu berichten: Das Kinderhilfswerk UNICEF hat sich 2020 besonders für Mädchen und Frauen eingesetzt und sein bisher größtes Nothilfe-Programm in diesem Bereich umgesetzt.

Von Sabine Balk

Frauen waren stärker von der Coronakrise betroffen als Männer und bekamen die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut zu spüren: Es kam ebenso zu mehr Früh- und Zwangsverheiratungen wie auch zu geschlechtsspezifischer Gewalt (gender-based violence – GBV). In einigen Ländern nahmen Fälle von häuslicher Gewalt um 30 Prozent zu. Frauen tragen auch ein größeres Risiko bei der Pandemiebekämpfung, denn sie machen weltweit etwa 70 Prozent des Gesundheitspersonals aus. Das sind einige der Ergebnisse des jährlichen UNICEF-Reports zur Geschlechtergleichstellung.

Trotz der Coronakrise verbucht UNICEF Erfolge im Gesundheitssektor. Das Kinderhilfswerk setzte sich dafür ein, dass wichtige Gesundheitsdienste für Mütter in der Pandemie aufrechterhalten wurden. Bis Ende 2020 hatten 38 Länder Pläne, die Versorgung von Müttern und Neugeborenen zu verbessern; das waren sieben Länder mehr als 2019. 71 Länder – 14 mehr als im Vorjahr – integrierten Ernährungsberatung in die Schwangerschaftsvorsorge.

Rückschläge sieht UNICEF bei HIV-Infektionsraten bei jugendlichen Mädchen und der globalen Müttersterblichkeit. In beiden Bereichen seien die Zahlen weiterhin zu hoch, um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen.

Die schulische Bildung war 2020 stark von der Coronakrise geprägt (siehe dazu auch Enakshi Dutta et al. im Magazin der Digitalen Monatsausgabe von E+Z/D+C 2021/11). UNICEF setzte sich für gerechte Lernmöglichkeiten im Rahmen der Covid-19-Maßnahmen ein. Das Kinderhilfswerk

unterstützte einen geschlechtergerechten Fernunterricht auch in humanitären Einrichtungen wie Flüchtlingslagern. Laut UNICEF erhielten 301 Millionen Kinder Fernunterricht, wovon etwa die Hälfte Mädchen waren. Dennoch gebe es wegen der Schulschließungen Sorge über die Lernfortschritte insbesondere von Mädchen.

UNICEF unterstützte auch Regierungen dabei, Inklusivität zu erhöhen und Engpässe in der Bildungspolitik zu beseitigen.



Mädchen aus Niger erhält Online-Unterricht: UNICEF verhalf einer Schule in Radi im Süden des Landes zu 30 Tablets.

So nahmen 53 Länder im Jahr 2020 Ziele für menstruelle Gesundheit und Hygiene (menstrual health and hygiene – MHH) in ihre Strategien für Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene in Schulen auf. In fast 10 000 Schulen wurde MHH umgesetzt und über 70 500 Schulen – einschließlich derer für Kinder mit Behinderung – bekamen getrennte sanitäre Einrichtungen für Mädchen und Jungen.

Alarmiert zeigt sich UNICEF über die Zunahme von geschlechtsspezifischer

Gewalt. UNICEF reagierte darauf mit vermehrten Hilfs- und Präventionsangeboten. UNICEF und Partnerorganisationen boten ihre Dienstleistungen nun auch verstärkt online an. So wurden laut Report 4,2 Millionen Kinder (darunter 1,25 Millionen Mädchen), die Gewalt erlebt haben, von Gesundheits-, Sozial- und Justizdiensten erreicht. 17,7 Millionen Menschen in Notsituationen erhielten in 83 Ländern GBV-Risikominderung, Prävention oder Interventionen.

Ein wichtiger Teil der UNICEF-Arbeit sind Maßnahmen, um eine Veränderung von schädlichen Geschlechterrollen und -normen zu erreichen. In der Pandemie nutzte UNICEF dafür oftmals auch Online-Plattformen und konnte 2020 etwa 2,6 Millionen Eltern und Betreuungspersonen in 87 Ländern erreichen. Dabei ist es UNICEF auch immer wichtig, Jungen und Männer in die Maßnahmen einzubeziehen.

Um Geschlechtergerechtigkeit in Zukunft voranzutreiben, plant UNICEF, sich verstärkt mit anderen UN-Organisationen abzustimmen und sektorübergreifend zusammenzuarbeiten. Ziele dabei sind:

- Stärkung der Rolle der Mädchen und Beendigung der Kinderehe,
- Investitionen in Gesundheit von Frauen und Mädchen in Bezug auf HIV, Ernährung, sexuelle und reproduktive Gesundheit,
- Förderung von schulischer Bildung für Mädchen,
- Beendigung von Gewalt gegen Mädchen und
- Förderung von gerechter Elternschaft und Pflege.

Auch für zukünftige Notsituationen vergleichbar mit der Corona-Pandemie will UNICEF besser vorbereitet sein und die Förderung der Geschlechtergleichstellung in Maßnahmen miteinbeziehen.

LINK

UNICEF 2021: Gender Equality – Global Annual Results Report 2020.

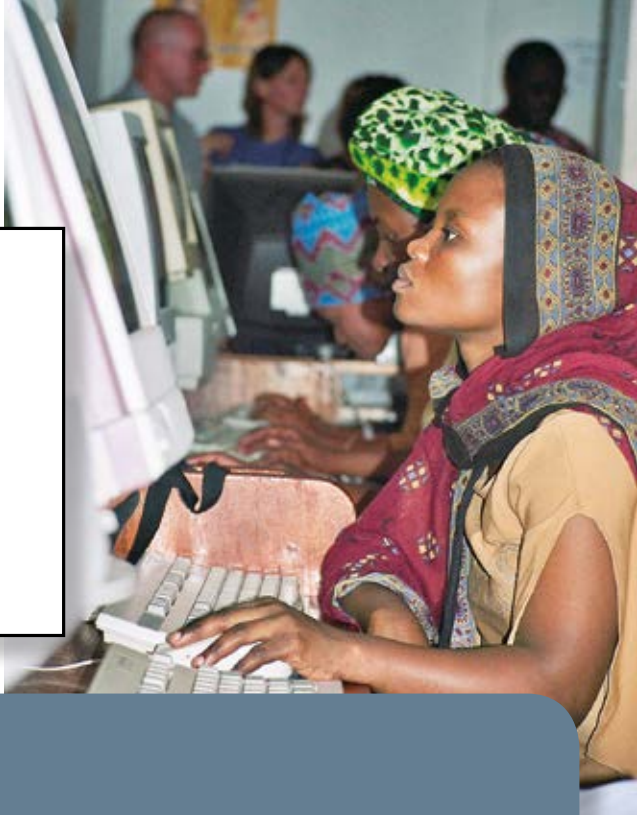
<https://www.unicef.org/media/102281/file/Global-annual-results-report-2020-gender-equality.pdf>

SABINE BALK

ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



Navigation icons: X, -, +

Address bar: www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
Über E+Z | Pilot-Alternativen | Digitales Monatsarchiv | Beitragende | Impressum | English

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

Navigation: SUBSAHARA-AFRIKA | MENA | SÜDASIEN | SÜDOSTASIEN | LATEINAMERIKA | BLOG

Suche

UNSERE SICHT
Frauenrechte sind für das Gemeinwohl unabdingbar

Digitale Monatsausgabe

E+Z
MONATLICHE MONATS-AUSGABE
JANUAR 2022 01

Frauen fördern
Gratis PDF-Download

CHILLI FARMING
20.12.2021 - von Peter Shaver, Vanessa
A hot spice for a hot market

SUDAN
18.12.2021 - von Rolf Stange
Sudans ungewisse Reise in

Aktuelle Blog-Beiträge

- To promote democracy, Biden should lead by example
- No, Narendra Modi is no liberal reformer

Folgen Sie uns

in f t r b